Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 524. Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gratis erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 250 — Dienstag den 25. Oktober 1921 — 48. Jahrg.

Der Rechtsbruch an Oberschlesien.

Denkschrift der demokratischen Reichstagsfraktion über die rechtliche Seite der Entente-Note betr. Oberschlesien.

Die Deutsch-demokratische Fraktion ist der Meinung, daß sich die vier beteiligten Großmächte ihrer vollen Verantwortung für die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober in der oberschlesischen Frage nicht durch den Hinweis auf das Gutachten des Völkerbundsrates entschlagen können. Nach dem Friedensvertrag sind die Mächte selbst zur Entscheidung berufen. Sie hatten nicht das Recht, diese Entscheidung auf ein anderes Organ zu übertragen und haben dies selbst dadurch anerkannt, daß sie lediglich ein Gutachten des Völkerbundsrates erbaten. Wenn freilich schon im Obersten Rate zum Ausdruck gebracht wurde, daß man dieses Gutachten auf jeden Fall annehmen würde, so lag darin schon eine Entfernung von den Vorschriften des Friedensvertrages.

Schon die Zusammensetzung des Völkerbundsrates schloß eine völlig unparteiische, lediglich aus der Natur der Sache zu schöpfende Entscheidung aus. Denn es fehlte die Unabhängigkeit der Mitglieder des Völkerbundsrates von ihren heimischen Regierungen, und wenn auch die Ausgabeteilung den Vertretern von Staaten übertragen wurde, die bisher im Konflikt noch nicht Stellung genommen hatten, so bewiesen doch Äußerungen, wie z. B. von Leon Bourgeois, daß die Hauptrichte der Entente in ständiger Fühlung mit jenen drei Staaten vertreten gewesen sind. Daraus würde sich die Verantwortung der Ententestaaten für die Entscheidung sogar in dem Falle ergeben, daß nach dem Friedensvertrag von Anfang an der Völkerbundsrat das berufene Organ zur Entscheidung gewesen wäre.

In dem Auger unserer Fraktion bedeutet die Entscheidung vom 20. Oktober eine offensichtliche Verletzung des Friedensvertrages.

Wenn schon die Entente bei ihrer Entscheidung trotz gewichtiger entgegenstehender Gründe von der Möglichkeit einer Teilung ausgehen wollte, so widersprycht doch die Überweisung großer geschlossener, fast rein deutscher Städte, der Kulturzentren des Landes, an die polnische Staatshoheit unzweifelhaft dem Geiste der Bestimmungen über das Selbstbest. Dazu kommt: es war im Friedensvertrag ausdrücklich bestimmt worden, daß die politische Grenze unter Berücksichtigung nicht nur der geographischen, sondern auch der wirtschaftlichen Verhältnisse gezogen werden müsse. Was der Völkerbundsrat und die Botschafterkonferenz tat, ist das entgegengesetzte Verfahren. Sie zogen eine politische Grenze in vollem Bewußtsein der wichtigen wirtschaftlichen Folgen; für die ersten Monate sehen sie sogar vorläufig das Bestehen dieser Grenze durch ein Wirtschaftsregime abzuschnüren. Die ausdrückliche Auflage der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Grenzziehung selbst ist also nicht eingehalten worden. Nicht ohne Grund hat der Völkerbundsrat seine Vorschläge über die wirtschaftliche Regelung lediglich als Empfehlungen gegeben; offenbar sind sich hierbei darüber klar, daß es sich für das gesamte Willkommensgebiet oder doch seine industriellen Teile, auch soweit das Gebiet bei Deutschland verbleibt, um wesentliche Einschränkungen der deutschen staatlichen Souveränität handelt. Mögen solche Einschränkungen auf dem Gebiete der Eisenbahn, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, des Geldwesens, Zollwesens usw. ihren Zweck zum Nutzen des Wirtschaftslebens erfüllen können oder nicht, so bedeuten sie doch auf jeden Fall weitgehende Beschränkungen der deutschen Staatsgewalt auf dem ihr verbleibenden Gebiete, von denen im Friedensvertrage keine Rede ist. Auch der Artikel 92, letzter Absatz, bietet hierfür keine ausreichende Grundlage. Denn nach seinem Inhalt ist hier offenbar nur an untergeordnete Fragen gedacht, wie sie sich regelmäßig aus Gebietsabtretungen ergeben, während es sich hier um eine Wirtschaftsgemeinschaft eines zwischen mehreren Staaten geteilten Gebietes handelt, für die jede Analogie im Völkerrechte fehlt. Aber selbst wenn man die Auslegung des Artikels 92 noch so weit erstrecken wollte, so ist dort von Abmachungen die Rede, die die Parteien selbst zu treffen haben, deren Inhalt also ihrer freien Bestimmung anheimfällt. Deshalb eben spricht der Völkerbundsrat also nur von „Empfehlungen".

Ganz anders die „Entscheidung" der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921. Schon in der zweiten Zeile der Note wird der Text eine Entscheidung genannt; im allen Zweifeln zu begegnen, wird im dritten Satz die „Entscheidung" ausdrücklich als „einheitliches Ganzes" bezeichnet, denn die Mächte in keinen verschiedenen Zeiten Gestimmen zu verschaffen seit entschlossen sind. Für den Fall der Weigerung Deutschlands, diese Entscheidung anzunehmen (accepter), werden Zwangsmaßnahmen in Aussicht gestellt. Auf Zeile 3 des Textes wird nach der Präambel das Ganze mit dem Worte „Decident" abgeschrieben. Danach kann nicht der geringste Zweifel sein, daß die Mächte abermals ein Diktat beabsichtigen, für das die Rechtsgrundlage fehlt.

Was besonders die Maßnahmen betrifft, die nach der Note „die Fortdauer des Wirtschaftslebens wie den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien gewährleisten sollen, so verlangt Ziffer 2 des Textes, daß die deutsche und die polnische Regierung ein Abkommen treffen „à l'effet de consacrer les Dispositions suivantes". Das kann nur bedeuten, daß diese „folgenden Bestimmungen" die unverzichbare Grundlage für das Abkommen bilden und Deutschland und Polen ganz an diese gebunden sein sollen, ähnlich wie ein Einzelstaat des Reiches bei Ausführung eines vom Reich erlassenen Rahmengesetzes an dieses gebunden ist.

Nach Ansicht der Fraktion ist es völlig unmöglich, irgend eine Entschließung von seiten des Reiches zu fassen, die so ausgelegt werden könnte, als wenn das Reich in vertragsmäßiger Form diese Entscheidung als zu Recht bestehend anerkennen wollte. Es ergibt sich aus dem dritten Absatz der Note allerdings nicht mit voller Deutlichkeit, ob in der Androhung von Zwangsmaßnahmen für den Fall, daß Deutschland sich „weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zu einem Teile anzunehmen", die Forderung einer Annahmeerklärung Deutschlands enthalten ist. Aber auch für den Fall, daß eine solche Annahmeerklärung nicht gefordert wird, glaubt die Fraktion, auf die ernste Gefahr hinweisen zu müssen, daß schon aus der bloßen Ernennung eines Kommissars zur weiteren Verhandlung nach Artikel 3 der Anlage eine Annahme der gesamten Bestimmungen, und zwar sowohl der wirtschaftlichen Bestimmungen wie der in gewissem Sinne durch sie getragenen Bestimmungen über die politische Grenzziehung, die zahlreiche Staatsbürger deutscher Nationalität der polnischen Staatshoheit überweist, gefolgert werden könnte. Eine solche Auslegung wäre rechtlich, sittlich und geschichtlich den fremden Völkern wie dem eigenen Volke gegenüber unerträglich. Wenn überhaupt ein Kommissar ernannt werden sollte, so müsse zunächst unter allen Umständen klar zum Ausdruck gebracht werden, daß dem Diktat der Entente die Rechtsgrundlage fehlt und Deutschland nur der Gewalt weiche.

Bedeutsam erscheint der Fraktion dabei noch folgender Gesichtspunkt: die Note ist seltsamerweise nur als Übermittlung oder Mitteilung bezeichnet; vielleicht geschah das in Erkenntnis des Mangels einer rechtlichen Grundlage. Dieses Fehlen amtlichen Charakters der Mitteilung würde aber sofort geheilt werden, wenn auf Grund der Mitteilung die deutsche Reichsregierung einen Kommissar, wie verlangt, amtlich bestimmen würde. Demgegenüber hat Deutschland das größte Interesse, daß der Diktatwille des Gegners sich als solcher selbst offen kundtut und daß nicht die verschleierte Form einer privaten Mitteilung für ihn gewählt wird und noch weniger, daß auf solchem Wege das Deutsche Reich den Diktatwillen der Entente selbst zum Inhalt einer vertraglichen Abmachung gestaltet. Auf keinen Fall darf aber, wenn ein Kommissar entsandt werden soll, es scheinen, als ob die Reichsregierung damit den Diktatwillen vertraglich annehmen und zum Gegenstand einer Vereinbarung machen würde. Die deutsche Reichsregierung muß gegen die Gesamtentscheidung feierliche Rechtsverwahrung einlegen. Diese Rechtsverwahrung muß in einem besonderen Akte durch eine eigene Note erfolgen; jedenfalls aber muß auch in der Folge vermieden werden, daß sie durch die Art der Verordnung des Kommissars und durch dessen Verhandlungen, wenn diese gemäß dem Artikel 3 erfolgen sollen in ihrer Bedeutung aufgehoben wird und Ernennung und Verhandlung als eine konstituierte Handlung dem Protest Deutschlands seine Rechtsbedeutung nähme. Dieser Protest muß vielmehr auch dann, wenn man sich, um schlimmeres Unheil zu verhüten, zur Ernennung eines Kommissars und zu Verhandlungen über die Ausführung des Diktats entschließen sollte, seine geschichtliche und moralische Bedeutung behalten.

*

Die Entschließung der Demokraten.

Die Deutsche demokratische Fraktion sieht in der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 eine Verletzung des Friedensvertrages:

wegen der offenkundigen Vergewaltigung einer überwiegenden deutschen Mehrheit im geagen und geschlossener deutscher Mehrheiten in den wichtigsten von der Abtrennung betroffenen Gebieten;

wegen der Mißachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die gemäß dem Friedensvertrag neben den geographischen Verhältnissen bei der Grenzziehung hätten berücksichtigt werden müssen;

wegen der Zumutung an Deutschland, auch für die bei Deutschland verbleibenden Gebiete wirtschaftliche Bestimmungen mit Polen zu vereinbaren, deren Inhalt Deutschland in allem wesentlichen vorgeschrieben wird und Deutschland in seiner Staatshoheit empfindlich beeinträchtigt.

Die Fraktion hält die getroffene Entscheidung nicht bloß politisch und kulturell, sondern auch wirtschaftlich für unheilvoll. Die betroffenen Gebiete, für Deutschland und die Weltwirtschaft; sie hält die uns vorgeschriebenen wirtschaftlichen Bestimmungen für ungeeignet, den schweren Schaden der willkürlichen Zerreißung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes auszugleichen.

Nach Ansicht der Fraktion muß daher alles vermieden werden, was als eine Annahme dieser willkürlichen und schädlichen Gesamtentscheidung (vergleiche den Ausdruck „accepter" der Note) oder als vertragliche Bestätigung ihres Artikels II („consacrer") erscheinen könnte und geeignet wäre, das Wesen der Entscheidung als eines einseitigen Diktats zu verdunkeln. Die Fraktion hält daher eine feierliche Rechtsverwahrung der deutschen Reichsregierung gegenüber der Entscheidung vom 20. Oktober für notwendig.

Da Deutschland weder die Macht noch die Mittel hat, dieses Diktat abzuwehren, erhebt sich die Frage, ob Deutschland sich an Verhandlungen über einzelne Bestimmungen durch Vertreter seiner Interessen beteiligen soll. Dies könnte, wenn überhaupt, nur dann geschehen, wenn Vorsorge getroffen wird, daß hierdurch der Diktatscharakter der Entscheidung nicht verwischt wird und die deutsche Rechtsverwahrung aufrechterhalten bleibt.

*

Die neue Kabinettsbildung.

Das Ergebnis der Beratungen ist heute zu erwarten!

Berlin, 25. Okt. Der Reichspräsident hatte gestern nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei über die Frage der Bildung einer Koalition dieser Parteien. — In den mehrstündigen Verhandlungen ergab sich in der oberschlesischen Frage die Aussicht einer Verständigung, während in Sachen der inneren Politik noch Schwierigkeiten bestehen. Die Fraktionsvorstehenden erklärten, über das Ergebnis dieser Besprechungen zunächst mit ihren Fraktionen verhandeln zu müssen. Die Besprechung beim Reichspräsidenten wird heute fortgesetzt. Ein Ergebnis ist im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Dr. Wirth wieder Reichskanzler?

Berlin, 25. Okt. Über die gestrigen Besprechungen des interfraktionellen Ausschusses beim Reichspräsidenten weiß die „Voss. Ztg." mitzuteilen, daß alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie von dem Bestreben geleitet waren, eine möglichst geschlossene Front herzustellen. Es sei eine formulierte Erklärung vorläufig vereinbart worden, die die Rechtsverwahrung Deutschlands gegen die ungerechte und willkürliche Entscheidung in Oberschlesien in schärfster Form zum Ausdruck bringt, aber die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zuläßt. Diese Formel wird heute den Fraktionen unterbreitet werden. Bei der Erörterung eines gemeinsamen innerpolitischen Regierungsprogramms hätten sich erhebliche Gegensätze nur in der Steuerfrage ergeben. Über eine mittlere Linie habe man sich nicht einigen können. Man sei übereingekommen, die Forderungen der einzelnen Parteien den Fraktionen zur Kenntnis zu bringen und ihnen die Entscheidung zu überlassen. Das „B. T." glaubt aus verschiedenen Umständen schließen zu dürfen, daß der Reichspräsident erneut Dr. Wirth mit der Kabinettsbildung beauftragen werde.

Die Stellungnahme der Parteien.

Kompromiß zwischen Volkspartei und Demokraten.

Aus Berlin wird uns berichtet:

Gestern nachmittag haben sämtliche Fraktionen des Reichstages über die Lösung der Regierungskrise beraten. Zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei fand eine Besprechung über die Frage der Entsendung eines Kommissars zu Verhandlungen mit den Polen statt. Den Blättern zufolge besteht Aussicht auf Schließung eines Kompromisses, das dahin gehen soll, die Benennung des Kommissars gleichzeitig mit einer Erklärung erfolgen zu lassen, die besagt, daß die Ernennung keine Anerkennung der Genfer Entscheidung bedeute. Das Ergebnis der demokratisch-volksparteilichen Verhandlungen soll dem Reichspräsidenten Ebert mitgeteilt werden, der darauf einen Politiker mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen wird.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstages

hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem gesagt wird:

In der Benennung eines Bevollmächtigten liegt eine grundsätzliche Zustimmung zu den Festsetzungen der Note. Deshalb kann die Entscheidung über die Benennung eines Bevollmächtigten nicht ohne den Reichstag erfolgen. Zu unserem Bedauern ist der Reichstag bis heute noch nicht einberufen. Die einzuweisen mit der Führung der Regierungsgeschäfte betrauten Mitglieder des bisherigen Kabinetts sind keinesfalls berufen, über die Benennung eines Bevollmächtigten ohne den Reichstag zu entscheiden. Deshalb beantragen wir, daß der Reichstag rechtzeitig vor Ablauf der in der Note vom 20. Oktober gestellten Frist zusammentritt.

Die sozialdemokratische Fraktion

ist laut „Vorwärts" der Ansicht, daß die Entsendung eines Kommissars zugleich auch die Anerkennung der Entscheidung über Oberschlesien bedeute.

Über die Haltung des Zentrums weiß die „Vossische Zeitung" mitzuteilen, daß es stärker der Auffassung der Deutschen Volkspartei und

Amerika für die Regierung Wirth.

London, 25. Okt. Einer Washingtoner Exchangemeldung zufolge hofft man in amerikanischen Regierungskreisen, daß Dr. Wirth wieder die Führung der deutschen Regierung übernehme. Man bedauert seinen Rücktritt, da Wirth als aufrichtiger und fähiger Politiker angesehen wird, der bestrebt sei, dem Argwohn und Mißtrauen der Welt gegen Deutschland ein Ende zu machen. — Der „Manchester Guardian" schreibt zum Rücktritt der deutschen Regierung, die britische Regierung habe die Forderung Deutschlands nach dem gesamten oberschlesischen Industriebezirk unterstützt. Dr. Wirth habe alles auf die endgültige Anerkennung der deutschen Forderung gesetzt. Seine Hoffnung habe sich nicht erfüllt. Er sei daher zurückgetreten. Die Regierung Wirth sei von den Alliierten aber nicht besser behandelt worden als eine deutsche Regierung behandelt werden wäre, die Ludendorff an der Spitze gehabt und versucht haben würde, Kaiser Wilhelm wieder nach Deutschland zu schmuggeln und sich den Reparationszahlungen zu entziehen. Die Besetzung Düsseldorfs und anderer deutscher Städte wurde aufrechterhalten.

Die Deutsche Volkspartei scheidet aus der Koalition.

Berlin, 25. Okt. (WTB.) Der „Deutschen Allgemeinen Ztg." zufolge hat die Deutsche Volkspartei die Zustimmung zu der Erklärung der interfraktionellen Besprechung einstimmig abgelehnt. Da hiermit die Partei aus der Koalition ausscheidet, hält das Blatt ein neues Kabinett Wirth für sehr wahrscheinlich.

Die künftigen Reichswehrgarnisonen in Oberschlesien.

Berlin, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Zu Gerüchten aus früheren Nachrichten über die künftigen Garnisonen in Oberschlesien ist noch kein Entscheid gefallen. Gegenwärtig sind in dieser Angelegenheit noch Beratungen im Reichswehrministerium.

Polen nimmt den Genfer Raub an.

Warschau, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Auf Beschluß der polnischen Regierung wird der polnische Gesandte in Paris dem Botschafterrat eine Note überreichen, worin zum Ausdruck kommen soll, daß Polen die Genfer Entscheidung annimmt.

Paris, 25. Okt. Nach einer Blätterverbindung aus Warschau ist der jetzige polnische Oberkommissar in Danzig Wlaciwski, der ehemalige Staatssekretär im Minister des Innern, zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bestimmt worden.

Exkaiser Karl in der Gefangenschaft.

Wien, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Verluste in den letzten Kämpfen zwischen den Aufrührern und den Regierungstruppen bei Komorn werden auf 400 Tote und 1000 Verwundete geschätzt. Man kann aber wohl annehmen, daß diese Zahlen stark überschritten sind, zumal sich herausgestellt hat, daß die karlistische Armee nur 4000 Mann zählte. Ihr Plan ging dahin, die Hortbytruppen zu überrumpeln und zu entwaffnen. Als dieser Plan mißlang, sank ihnen der Mut und sie leisteten nur geringen Widerstand. Die beiden Regimenter in Otterburg, die die Flucht des Königs decken sollten, haben sich ohne Gegenwehr ergeben. Bei seiner Gefangennahme brach der König in einen Wehkrampf aus und ist seit vollständig niedergeschlagen. Er meint, daß er jetzt mit dem Leben abgeschlossen habe. Die Königin Zita erscheint mehr gefaßt. Man glaubt, daß der König interniert oder nach Außerungen abgeschoben wird.

Tschechoslowakei und Südslawien mobilisieren.

Prag, 25. Okt. (WTB.) Der Präsident der Republik hat auf Vorschlag des Ministers für nationale Verteidigung und nach Anführung der Regierung die teilweise Mobilisierung angeordnet. Es wird angeordnet, daß die teilweise Mobilisierung sofort verfügbar und durchgeführt wird. Der Minister für nationale Verteidigung hat infolgedessen die sofortige Vornahme der mit der Verkündigung dieses Patents verbundenen Arbeiten angeordnet und den 27. Oktober als ersten Mobilisierungstag angeordnet.

Belgrad, 25. Okt. (WTB.) In der Nacht wurden die vom Ministerrat im Verlaufe der Ereignisse in Ungarn beschlossenen Maßnahmen durchgeführt, indem eine Reihe von Divisionen Marschbefehl gegen die ungarische Grenze erhielt. Der Eisenbahnverkehr mit Ungarn ist unterbrochen.

Ludendorff des Versuchs der Goldschiebung verdächtig.

Berlin, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Gegenwärtig findet eine Untersuchung gegen den General Ludendorff statt, der im Verdacht steht, seinerzeit versucht zu haben, Gold ins Ausland zu verschieben. Ludendorff ist Teilhaber des Bankhauses, bei dem Prinz Eitel Friedrich sein Vermögen disponiert hatte.

Bayern prägt Metallgeld.

München, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) In München sind im Hauptmünzamt Vorbereitungen zur Prägung von Metallgeld getroffen. Es sollen nach den „Münchener Neuesten Nachrichten" auch Kupfer- und Bronzemünzen geprägt werden. Welches Metall verwendet wird und wie die Stücke gestaltet sein werden, ist noch nicht bekannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211025-13/fragment/page=0001

der Demokraten zuneige. Das Blatt rechnet mit ziemlicher Bestimmtheit damit, daß der Reichstag am Mittwoch zusammentreten wird, wie immer es dann auch mit der Regierungsfrage stehe.

*

Eine Anerkennung Dr. Wirths durch Amerika.

London, 25. Okt. Einer Washingtoner Exchangemeldung zufolge hofft man in amerikanischen Kreisen, daß Reichskanzler Dr. Wirth wieder die Führung der deutschen Regierung übernimmt. Man bedauert den Rücktritt, da Dr. Wirth als aufrichtiger Politiker angesehen wurde, der befreit sei, dem Argwohn und Mißtrauen der Welt gegen Deutschland ein Ende zu machen.

*

Resignierte Stimmung in Oberschlesien.

Oppeln, 25. Okt. Trotz der für Oberschlesien katastrophalen Entscheidung ist die Ruhe und Besonnenheit bisher nirgends gestört worden. Der deutschen Bevölkerung hat sich im abgetrennten Teile eine dumpfe Resignation bemächtigt. Aber auch das polnische Volk steht ein, daß der Genfer Schiedsspruch ein Fehlspruch ist. Nur in Königshütte hat sich am Sonntag ein Fall ereignet, der geeignet ist, schwere Folgen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu zeitigen, wenn dieser Fall Schule machen sollte. Dort brachte es ein polnischer Geistlicher fertig, im deutschen Gottesdienst von der Kanzel herab zu predigen, daß die Gemeindemitglieder ihre innere Stimme überläubt und ihre polnische Muttersprache verraten hätten. Die Gemeinde quittierte diese Hetze mit merklicher Unruhe, so daß der Gottesdienst abgebrochen werden mußte.

Viel Aufsehen macht auch der Aufruf der oberschlesischen Einigkeitspartei, die Oberschlesien als autonomen Freistaat erklärt hat und bereits eine 14gliedrige Regierung erhoben hat. Wenn auch dieser Aufruf und die Maßnahmen dieser Partei auf die Geschicke des Landes keinen Einfluß haben, so kennzeichnet das doch die Volksstimmung, die in einer Zerreißung Oberschlesiens das größte Übel für die Heimat erblickt.

Der Flüchtlingsstrom aus Oberschlesien.

Aus Oppeln wird gemeldet: Der Flüchtlingsstrom aus Oberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. Die Eisenbahnzüge aus Kattowitz haben mehr als 450 deutsche Familien nach Oppeln gebracht. Noch größer soll der Flüchtlingsstrom in Gleiwitz sein, wo der Magistrat zur Unterstützung der Flüchtlinge Notquartiere eingerichtet hat.

49 Prozent der Oberschlesier werden Polen.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamts beträgt die Bevölkerung des gesamten Abstimmungsgebietes rund 1 950 000 Einwohner. Davon werden polnisch rund 965 000 Einwohner, das sind rund 49 Prozent.

Der neue polnische Lügenfeldzug.

Berlin, 25. Okt. (WTB.) Von ausländischen Nachrichtenagenturen wird in Paris und London die Meldung verbreitet, daß nach Berichten aus Berlin deutsche militärische Organisationen mit der systematischen Zerstörung des Industriematerials in Oberschlesien sowie der Eisenbahnbrücken und der sonstigen Kunstbauten der Eisenbahn begonnen hätten. Derartige Nachrichten sind völlig frei erfunden und zeigen nur aufs neue deutlich polnische Tendenzen.

Provinz und Nachbarländer.

Kleine Rundschau.

Beim Schichtwechsel auf der Grube Konkordia in Hoym verunglückte der Bergmann Engler tödlich; er hinterläßt zwei unmündige Kinder. — Der Bäckergeselle Wagner aus Gernrode, der schon zweimal aus dem Gefängnis entkommen ist, aber immer wieder eingefangen wurde, ist jetzt von einem Transport erneut verschwunden. — In der Wetterschachter Flur wurde ein Wildschwein von einem Flurschutzbeamten nach kurzem Kampfe erschossen. — In Gotha ist die Zahl der Erwerbslosen im letzten Jahr von 580 auf 133 zurückgegangen. — Vor dem Landgericht Freiberg wurden in letzter Zeit 19 Frauen und 2 Männer wegen Vergehens gegen das keimende Leben abgeurteilt. — In Cassel bohrten zwei Schüler im Alter von 13 und 14 Jahren den 3jährigen Sohn eines Reichsbahnschaffners mit Gewehrschüssen, wenn er ihnen nicht Geld verschaffe. Aus Furcht vor seinem Vater 2000 M. die die beiden Knaben in kurzer Zeit vernascht hatten. — In Unseburg wurde ein Arbeiter bei einem Zusammenstoß mit einem andern Radfahrer erheblich verletzt. Als er benuncht nach Hause fahren wollte, wurde er an einem Bahnübergange von einem Auge erfaßt und nachmals überfahren. — In Dinterbach ist unter dem Schweineschlamm die Maulsuchenseuche ausgebrochen und greift auch zum Teil auf die Menschen übergeriffen. — Beim Düngerfahren geriet in Nechertitz ein Landwirt unter den eigenen Wagen und wurde tödlich überfahren. — In Schlotzhynach hat sich ein Vater an seinen beiden 14- und 15jährige Töchtern in kräftlicherweise vergangen. — In Hopfgarten wurde ein 19 Jahre alter Fleischer festgenommen, der einen gegnen Block mit gefälschten Wechseln in seinem Rucksacke hatte und sie unter die Leute bringen wollte. — Zwischen Nieburg und Calbe wurde in der Saale ein großes Fischsterben beobachtet, das auf schlechte chemische Abwässer zurückzuführen ist. — In Zechau geriet der Pumpenwärter Meuschke in das Getriebe und wurde auf der Stelle getötet. — Im Wohnräume zu gewinnen, hat die Stadt Goslar einen neuen Weg gefunden. Sie zahlt jedem, der einen Raum für Wohnzwecke zur Verfügung stellt, 400 M Extravergütung. — In Leipzig fuhr ein Auto in voller Wucht gegen einen straßenpflanzen Baum und wurde teilweise zerstört. Der Führer mußte ins Krankenhaus geschafft werden. — In Delitzsch fuhren an einer Straßenbiegung zwei Auto zusammen, wobei mehrere Personen verletzt wurden. — Um die Bürgermeisterstelle in Friedrichsroda haben sich nicht weniger als 106 Bewerber gemeldet. — Bei Pretzien kam es zwischen Feldbieben und Feldhütern zu einer Schießerei, wobei ein Dieb erschossen wurde. — Der Landkreis Aschersleben hat 2000 Zentner Kartoffeln für Minderbemittelte geliefert. — Bei Reparaturarbeiten am Hochspannungsmast wurde in Lichtenberg ein Arbeiter schwer verletzt. — Für arme Ortseinwohner spendete der landwirtschaftliche Verein Langenlauba 100 Zentner Kartoffeln. — Das Gewerkschaftskartell Erfurt hat in einer Versammlung als Protest gegen die letzte Bierpreiserhöhung die Verbängung des Bierboykotts über sämtliche Brauereien beschlossen. — Bei Markredwitz wurde ein kleiner Handwagen von einem Auto überfahren, wobei zwei kleine Jungen schwer verletzt wurden.

Merseburg und Umgegend.

25. Oktober.

** **Die goldene Hochzeit** feierte am Sonntag der jetzige Rentner, frühere Kaufmann Heinrich Schultze mit seiner Gattin Anna geb. Klemminger, Dammstraße 5 hier wohnhaft. Beide Eheleute erfreuen sich einer fast beneidenswerten körperlichen und geistigen Rüstigkeit und vermochten die überaus zahlreichen Besuche und Gratulationen von Verwandten, Freunden und Bekannten ohne große Anstrengung entgegenzunehmen. Herr Schultze steht im 76. Lebensjahre; er übernahm nach seiner Rückkehr aus dem Kriege 1871 das väterliche Geschäft am Entenplan, das später nach dem Abbruch des Eckhauses in die kleine Mittelstraße verlegt wurde. Am 1. April 1901 trat er das Geschäft seinem Sohne, Herrn Friedrich ab und zog sich in das Privatleben zurück. Wir gratulieren dem Ehepaare zu seinem Jubeltage und wünschen ihm einen ruhigen Lebensabend.

** **Von der Regierung.** Die Geschäfte des Oberforstmeisters, womit die Verwaltung der Forstinspektion Merseburg-Annaburg verbunden ist, hat der an die Regierung zu Merseburg versetzte Oberforstmeister Becker übernommen.

** **Personalien vom Postamt Merseburg.** Wie wir erfahren, wurden zu Ober-Postschaffnern ernannt die Postschaffner Gustav Kubitzki und Fritz Christ.

** **Versetzung zum Amtsgericht.** Der Gerichtsvollzieher Rettschlag in Lützen ist nach Merseburg versetzt worden.

** **Teuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene im Landkreise Merseburg.** Vom Kriegsfürsorgeamt des Kreises wird uns mitgeteilt: Die Bekanntmachung über die Auszahlung von Teuerungszuschüssen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene wird dahin berichtigt, daß sich nicht alle Kriegsbeschädigte, sondern nur die, deren Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. gemindert ist, sich bei der Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle des Kreises einfinden wollen.

** **Eine Erinnerung an die Fleischer** veröffentlicht die Polizeiverwaltung Merseburg im Amtsblatt der heutigen Zeitung. Veranlassung dazu gibt die Unterlassung der Ausstellung von Schlußscheinen bei Viehankäufen an die Verkäufer und den Oberpräsidenten, sowie die Unterlassung der Anträge auf Ausstellung einer neuen Viehankaufskarte für 1922.

** **Ein Aufruf für die Opfer von Oppau** wird im Amtsblatt der heutigen Zeitung durch den Magistrat veröffentlicht. Der Aufruf ist vom Reichsbäuisschuß an die Bevölkerung gerichtet. Wir bitten unsere Leser, den Aufruf zu beachten und den Opfern des Oppauer Unglücks!

** **Taxatoren des Landkreises Merseburg.** Für den Landkreis Merseburg sind als Kreistaxatoren angenommen und verpflichtet worden: Landwirt Rudolf Burckhardt-Gröllwitz, Gemeindevorsteher Busch-Burgstaden, Maurermeister Fuhrmann-Schkeuditz, Maurermeister Hinrichsen-Ultrastädt, Landwirt Karl Riele-Starsiedel, und Kaufmann Franz Willnow-Lützen.

** **Die Tarifverhandlungen** der Angestellten im Leunawerk sind dadurch zum Abschluß gekommen, daß nun auch die Arbeitgeber den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums angenommen haben, und die neuen Tarifsätze, über die wir schon gestern berichteten, treten somit rückwirkend vom 1. Oktober an in Kraft.

** **Der deutsche Bauarbeiterverband und der Zentralverband der Zimmerer** veranstalteten gestern nachmittag 3 Uhr in der „Funkenburg" eine gemeinsame Versammlung. Der Grund lag darin, daß die Bauunternehmer erst am Freitag, den 21. Oktober, das Versprechen gegeben hatten, den erst angenommenen und dann wieder zurückgegangenen Lohnzuschlag, der der Bauarbeiterschaft des Tarifgebietes Merseburg durch das Bezirkslohnamt Halle zugesprochen war, zu zahlen. Da die Arbeiterschaft glaubte, daß die am Freitag gegebenen Versprechungen nicht gehalten werden würden, hatten die Verwaltungen des Bauarbeiter- und Zimmererverbandes im Einverständnis mit der Mehrheit der Mitglieder den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe von Merseburg und Umgebung zu neuen Verhandlungen aufgefordert. Diese sollten bis gestern Mittag 12 Uhr abgeschlossen sein. Der Bericht über den Gang der Verhandlungen sollte in der gestrigen Versammlung gegeben werden. Daher ist es nicht verwunderlich, daß schon lange vor Beginn sämtliche Räumlichkeiten der „Funkenburg" berartig gefüllt waren, daß im wahren Sinne des Wortes kein Nadel zur Erde konnte. Der Zustrom der Bauarbeiter und Zimmerer aus Leuna, Merseburg und dem Geiseltal war derartig stark, daß Hunderte von Arbeitern keinen Zutritt finden konnten, obwohl sogar die geöffneten Fenster als Stehgelegenheit dienen mußten. So kam es, daß viele, die teilweise auf Rädern gekommen waren, weit hergekommen waren, unverrichteter Dinge wieder umkehren mußten. Trotzdem ließ der Zustrom bis 4 Uhr nicht nach. — Als Folge der Versammlung wurden am heutigen Vormittag neue Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband geführt, die heute mittag noch nicht beendet waren. Es dürfte sich dabei auch um die Wiedereinstellung von 60 am Sonnabend ausgesperrten Arbeitern bei einer Baufirma die Unternehmer drehen, die am Sonnabend an einer Versammlung während der Arbeitszeit teilgenommen hatten.

** **Vorträge der Deutschen Volkspartei.** Wie aus dem Anzeigenteil der heutigen Zeitung zu ersehen ist, spricht Schriftsteller Arendt-Denart, Berlin, in den nächsten Tagen in einer Reihe von Orten des hiesigen Kreises im Auftrage der Deutschen Volkspartei, u. a. am 31. ds. Mts. in Merseburg. Arendt-Denart ist als vorzüglicher Redner bekannt. Näheres siehe Anzeigen.

*

Zusammenschluß der Merseburger Kohlenhändler.

Uns wird geschrieben:

Dem Beispiel anderer Berufsorganisationen folgend, haben die Merseburger Kohlenhändler sich veranlaßt gesehen, eine feste Organisation zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, den verwickelten und schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart zu begegnen, die Handels- und Standesinteressen zu fördern und unlauteren Wettbewerb im Kohlenhandel energisch zu bekämpfen. Die Organisation führt den Namen „Merseburger Kohlenhändler-Vereinigung" und umfaßt das gesamte Kohlengewerbe von Merseburg und Umgegend. Der feste Zusammenschluß des Kohlengewerbes war unter anderem namentlich deshalb unbedingt erforderlich, um die durch die Nachkriegszeit geschaffenen mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, die für die einzelnen Betriebe von geradezu katastrophaler Wirkung zu werden drohten, nach Möglichkeit zu beseitigen, und den Boden für eine gesunde gewerbliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Kohlenhandels so zu ebnen, daß die Möglichkeit besteht, die einzelnen Betriebe in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten. Wohl in keiner mittleren oder größeren Stadt Deutschlands wurden die Kohlenpreise derartig unterboten, wie in Merseburg, und nirgends zeigten sich die damit verbundenen Folgen deutlicher als gerade in unserer Stadt, die an und für sich infolge der Ansiedlung erheblicher Industrien in der allgemeinen Lebenshaltung eine der teuersten Städte Deutschlands geworden ist. So mancher, der sich, verlockt durch die niedrigen Pferdepreise, anläßlich der Demobilisation unseres Heeres, mit Handel und Fuhrwerksbetrieb befaßte, hat zu seinem Leidwesen einsehen müssen, daß die goldenen Träume, denen er sich damals vielleicht hingegeben hat, nicht nur nicht in Erfüllung gegangen sind, sondern daß er um Karte der meisten Jahre dabei sogar das mitgebrachte verloren hat, was er damals aus seinen Ersparnissen oder sonstigen Mitteln in seinem Betriebe zur Verfügung gestellt hat. Die erhebliche Entwertung unseres Geldes brachte es mit sich, daß diese in Verkennung des inneren Wertes ihrer Einnahmen verpaßten, die unbedingt notwendige Rentabilität ihres Betriebes so zu gestalten, daß die laufenden oder bereitgestellten Mittel des Betriebes ausreichten, um die unbedingt notwendigen Ersatzbeschaffungen bestreiten zu können. Gerade aber die Ersatzbeschaffungen sind es heute, die die Lebensfähigkeit eines Betriebes in Frage zu stellen vermögen, wenn der Inhaber nicht rechtzeitig dafür gesorgt hat, einen Fonds zu schaffen, aus dem er die gegen die Vorjahre ins Ungeheuerliche gestiegenen und bei unserer schwer darniederliegenden allgemeinen wirtschaftlichen Lage unerschwinglich noch weiter steigenden Kosten für Ersatzbeschaffung von Pferd und Wagen usw. bestreiten kann. Dahin konnte es aber nur kommen, weil hier in Merseburg keine feste Organisation vorhanden war, an der der einzelne eine Stütze finden konnte. Nichts war ungerechtfertigter als die erhebliche Differenz zwischen Merseburger Kohlenpreisen und denjenigen anderer Städte, besonders Halle und Leipzig. Es ist nicht zu bestreiten, daß Kohlen angewiesen sind und sie in den letzten Monaten mehrere Mark" ausmachte. Dieser Unterschied war nicht etwa ein Teil des entgangenen Verdienstes, sondern ein tatsächlicher und nachweisbarer Verlust im Kohlenhandel. So sind denn auch die in der heutigen Nummer dieses Blattes bekanntgemachten Kohlenpreise nicht etwa das Resultat von Spekulationen, sondern das Ergebnis sorgfältiger kaufmännischer Kalkulationen, die der Nachprüfung jeder Preisprüfungsstelle unbedingt standhalten und bei denen die Erzielung ungebührlicher Gewinne völlig unmöglich ist. Der Vorstand der Merseburger Kohlenhändler-Vereinigung empfiehlt den Einwohnern, ihren Bedarf an Hausbrand möglichst bald zu decken, da vermutlich in nicht allzuferner Zeit eine abermalige Erhöhung der Preise, bedingt durch die kommende Erhöhung der Preise ab Grube, eintreten wird.

Die Eröffnung des Fernbahnbetriebes in der Hölle.

„Das wird ja immer übersinnlicher!" schallt es mir lachend aus dem Leserkreise entgegen. Stimmt für ein fremdes Ohr, aber für uns Merseburger ist es doch so real auf dieser Welt, denn nicht jede Stadt hat schon auf dieser Welt eine eigene Hölle zu verzeichnen. Aber der Name „Hölle" muß nun endgültig verschwinden, denn in der Hölle ist es heller geworden, sogarhelle, ganz übereinstimmend mit manchen Merseburger. „Ja, ja, aber warum sind Sie denn so lange stumm gewesen und haben Ihr Versprechen gebrochen?" interviewen mich jetzt viele. „Na, ich kann es Ihnen ja sagen: eigentlich wollte ich überhaupt keine Rundgänge mehr unternehmen und davon schreiben". „Nanu, warum denn das?" „Ja, da war ein Stammtisch dran schuld, vielmehr die Weisheit an einem Stammtisch. Vor einiger Zeit, bei einem der letzten Rundgang, geriet ich mal zufällig in einem historisch benannten Gasthause abseits eines Stammtisches und mußte dort allerlei „schöne" Sachen mithören. Man war dort zu Vieren und hechelte der Reihe nach Bekannte in gehässiger Weise durch, ha, wie schwoll ihnen die Brust, und das geschah unter — Männern; eine stumme bleibende Frau war auch dabei. Zuletzt geriet man auf die Bauvorjahre in der Hölle — Gemeinschaftsbahnhof und Wartehalle — und was noch niemand bekannt war, wußte man dort. Fünf- und sechsstellige Zahlen wurden genannt und das ganze fachmännisch in Grund und Boden beurteilt. Ich staunte wie ein Fachmann und wunderte mich wie ein Laie und wollte mich sofort lebendig begraben lassen in der Unbuntheit dieser Welt, die sich grundgescheite Intelligenz im Dunkeln verkümmern läßt. Das tat ich auch. Mittlerweile aber bin ich doch wieder aus meinem Grabe auferstanden, weil man mich in meinem Verein nationalbürgerlicher Leser — von dem ich Ihnen ja in meinen letzten Rundgängen erzählte und für den wir immer noch keinen genügend phrasendreschenden Präsidenten gefunden haben — sehr unsäuberlich ist gekauft hat wegen meines Scheintodes. Nach diesem Auferstehen bin ich dann mal wieder in die Hölle gefahren — zu Fuß natürlich — und das hat mich wieder aufgerichtet. In der Nähe jenes schönen Stammtisches lasse ich mich auch niemals wieder nieder, um mir nicht als Baby aus Honolulu neben jener Grundgescheitheit vorzukommen.

„Was ich aber in der Hölle sah, will ich in der Rundgangs-Chronik nachtragen, auf die Sie warteten. Es war gelegentlich der

landespolizeilichen Abnahme des Gemeinschaftsbahnhofes der Merseburger Überlandbahnen am Sonnabend

vergangener Woche nachmittags. Wer jetzt am Anfang der neuen Dammstraße am Tivoli steht und Ausschau hält, der trout seinen Augen nicht, wenn er das frühere dunkle Bild der Scheunenhölle inmitten der Stadt im Geiste behalten hat. Dem Auge bietet sich eine gerade, breite, schmucke Durchgangsstraße im hellsten Licht, in ihm ist das Herbstlaub der Bäume freundlich hervorbebt. Der Damm hat ein ganz anderes Aussehen, ist viel wuchtiger, eindrucksvoller, wie ein richtiger Damm mit seinem Baumbeet, das sich stolz aufreckt und Parade im Lichte steht. Nur die Baumreihe an der Tivolistelle vor dem Bürgerfleig steht verloren da, beengend, nicht dahin gehörend in die Straße. Sogar die alte Kegelbahnmauer hat eine Steinschöne Verjüngungskur durchgemacht und scheint uns im hellen Gewand freundlich an, freut sich der schönen Nachbarin. Gerade läuft die Straße durch, mit nur ganz geringer Rückenwölbung und bietet uns einen so freundlichen Durchblick auf die Gegend und grüne Umgegend des Gotthardsteiches. Trübe ist nur das Bild der Straßenleite an den paar Scheunen, worüber der verständnislose Weltbürger den Kopf schüttelt . . . Doch jetzt beginnt kurz nach 3 Uhr die landespolizeiliche Besichtigung und Abnahme der Anlage. Dazu sind erschienen von der Regierung der Oberregierungsrat Diehe, von der Kleinbahnbehörde der Oberbaurat Senst von der Eisenbahndirektion Magdeburg als technischer Sachverständiger, von der Merseburger Überlandbahnen-A.-G. der Direktor Löhr und Ingenieur Bethge aus Ammendorf, von der Stadtverwaltung Merseburg Bürgermeister Dr. Mojebach, vom Stadtbauamt Oberstleutnant Jahre und der Bauleiter der Regierungsbaumeister Dreizehner vom Baubüro der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Merseburg. Außerdem noch einige Beamten der Behörden und Straßenbahn. An der Haltestelle am Tivoli gab Direktor Löhr einen einleitenden kurzen Vortrag über die ganze Anlage des Gemeinschaftsbahnhofes, worauf man die eingehende Besichtigung vornahm. Im Verlaufe der Besichtigung bekundete Oberregierungsrat Diehe, daß die Baumreihe am Tivoli auf dem Fahrdamm stehe, was immerhin die Verkehrsfrage als solche beeinträchtige, auch wenn sie nicht für Automobile bestimmt sei, was von den städtischen Vertretern anerkannt wurde. Des weiteren bemängelte er die Auffahrten zu beiden Seiten der Scheunen, sie sollen noch etwas abgeplattet werden, was von den bauenden Stellen zugesagt wurde. Oberbaurat Senst äußerte prinzipielle Bedenken gegen die Aufnahme des Betriebs im Gemeinschaftsbahnhof, solange die Stadt ihr Gleis für die Erbaubuhr vom Bau der städtischen Wartehalle am Damm über dem Straßenbahngleis liegen hat. Direktor Löhr führte an, daß die Stadt für etwaige Unfälle aufkommen müsse, wenn die Abnahme davon abhänge, müsse das Feldbahngleis sofort entfernt werden. Von den städtischen Vertretern wurde ausgeführt, daß die Benutzung des Feldbahngleises nur die Frage von einigen Tagen der kommenden Woche sei. Von beiden Seiten wurden zuversässigste Vorsichtsmaßnahmen zugesagt und nach längerer Auseinandersetzung wurde von der Abnahmebehörde der Sachverhalt dahin festgestellt, daß bei Abnahmeprotokoll so abgefaßt werden soll, daß es dieses Hindernis unter den gegebenen Zusagen zulässt und die Inbetriebnahme des Gemeinschaftsbahnhofes ausbricht. Eine längere Auseinandersetzung entspann sich am Ende der Strecke auf der Gotthardsbrücke hinsichtlich des fast mitten auf dem Platze der Straßenkreuzung Hallesche Straße — Zeitzstraße — Laudstädter Straße neu errichteten Betonmastes der Lichtleitung, auf dem Oberregierungsrat Diehe wegen des Nichtschutzes durch Pflasterersäulen gegen den Fahrverkehr und Lampenmangels hinwies. Von städtischer Seite wurde zugesagt, daß um diesen Mast eine kleine Insel angelegt wird. Wegen der Beleuchtung lehnten Stadt wie die Überlandbahn die Verpflichtung hierzu ab. Direktor Löhr gestand noch die Übrsätzung zur Nebenbahnung zu, während von städtischer Seite die ganze Beleuchtungspflicht der Überlandbahn zugesprochen wurde. Eine Einigung kam noch nicht zustande, was aber auf die Abnahme des Gemeinschaftsbahnhofes keinerlei Einfluß hatte und die auch erfolgte unter der oben gesagten Voraussetzung. Während der ganzen Besichtigung machte der Oberbauleiter Regierungsbaumeister Dreizehner eberfalls gute Ausführungen. Noch man auch das „Heilige Grab" der Scheunen in entzückter Weise besprach, war mit der Angelegenheit erm verbunden. Um ½5 Uhr war die Besichtigung beendet. Von privater Seite waren keine Einwendungen gegen die Anlage erhoben worden.

Zur Vorgeschichte.

Die offizielle Inbetriebnahme des Gemeinschaftsbahnhofes ist am Montag erfolgt, und nach der Fertigstellung des Bahnhofes ist ein Überblick dazu am Platze. Schon seit Jahren hatte sich die Notwendigkeit ergeben, die verschiedenen Linien der Merseburger Überlandbahnen in einem Gemeinschaftsbahnhof zusammen zu führen, um den Reisenden ein ein ruhiges Laufen von dem einen Ausgangspunkt zum anderen zu ersparen, eine ausreichende Wartehalle zu errichten und damit den Verkehr etwas von der sowieso verkehrsreichen Stelle am Gotthardstor abzulenken. Hierfür wurden im Laufe der Zeit verschiedene Projekte erwogen. Das erste davon beschäftigte sich mit der Errichtung eines Kopfbahnhofes in der Teichstraße am Gotthardsteich, gegenüber dem Gasthaus „Hohenzollern". Wegen der nicht ausreichenden Straßenbreite und außerordentlichen Schwierigkeiten wurde dieses Projekt bald wieder fallen gelassen. Für eine kurze Zeit tauchte dann als zweites Projekt die Errichtung des Gemeinschaftsbahnhofes in der Weißenfelser Straße auf der Strecke vom Herzog Christian bis zum Eingang zum Bürgergarten bei Engel auf. Auch dieses Projekt bot zu viele Schwierigkeiten hinsichtlich der Anlage und des Zeiches und wurde bald wieder fallen gelassen. Dann gerieet man auf den jetzt gegebenen Platz in der sogenannten Hölle, am großen Damm, und Regierungsbaumeister Dreizehner vom Baubüro der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Merseburg ging an die Ausarbeitung des Planes für den Gemeinschaftsbahnhof. Auch hier waren die damit verbundenen Auseinandersetzungen keine leichten. Die Anlage an sich ist aber bei weitem nicht die Schwierigkeiten der beiden ersten Projekte und kam vor allem dem Bestreben der billigsten Errichtung am nahesten. Nach Überwindung der Anliegertermine wurde anfangs Juli der Plan für den Bau vollständig fertiggestellt. Die Erdarbeiten wurden dem Steinsetzmeister Löther-Merseburg übertragen und am 18. Juli damit begonnen. Die Erdarbeiten wurden mustergültiger Weise und Schnelligkeit durchgeführt und waren am 3. September beendet, einschließlich der Rammarbeiten. Es sind an 2000 Kubikmeter Erde bewegt worden, die Kosten dieser Arbeiten dürften sich auf etwa 200 000 M stellen. Die Maurerarbeiten wurden vom Stadtbauamt Merseburg, die Verlegungsarbeiten der Nichtleitung vom städtischen Elektrizitätswerk, die Gleisarbeiten von der Merseburger Überlandbahn ausgeführt. Die Oberleitung lag in den Händen des Regierungsbaumeisters Dreizehner, der das Projekt ausarbeitete und in glücklicher Weise rasch verwirklichte. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin führte dieses Projekt auf Grund des Gemeinschaftsvertrages zwischen ihr und der Provinz Sachsen durch. Auf Grund des Vertrages sind in Überbauten die Merseburger Überlandbahnen entstanden. Regierungsbaumeister Dreizehner ist mit den ganzen Anlagen der Merseburger Überlandbahnen verwachsen. Schon an dem Projekt Merseburg-Mücheln hat er zeitweise mitgearbeitet. Die Errichtung der Straßenbahn Merseburg-Dürrenberg — die 1920 eröffnet wurde — ist sein Werk, die Errichtung des Gemeinschaftsbahnhofes Merseburg und beide Projekte hat er von Anfang bis zu Ende geleitet. Er kann über die glückliche Durchführung und Vollendung dieser beiden Anlagen einen freudigen Stolz empfinden, der begründet ist, wenn man solche Werke unter seinen Händen aufwachsen sieht.

Regierungsbaumeister Dreizehner kam 1918 aus dem Eisenbahnbienst zur Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft nach Berlin, machte den Krieg mit und kam zu Weihnachten 1919 wieder nach Merseburg, wo man in der Weißenfelser Straße in dem früher Mylius'schen Fabrikgrundstück ein Baubüro errichtete, dem bald eine Anzahl Regional Angebörte. Galt es doch damals, an das Projekt Merseburg-Dürrenberg heranzugehen und es durchzuführen. Diese Anlage wurde auf eigenem Gelände der Merseburger Überlandbahnen durchgeführt. Jetzt hat die Tätigkeit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft vorläufig ein Ende erreicht, das Baubüro wird im Laufe dieser Woche vollständig aufgelöst und Regierungsbaumeister Dreizehner — der aus Magdeburg stammt und jetzt im 35. Lebensjahre steht — kehrt zum Stammhause nach Berlin zurück. Es schweben noch eine Anzahl Projekte, die aber wegen der unsicheren Kosten einstweilen zurückgestellt werden müssen. Auf diese Projekte kommen wir noch in der nächsten Zeit zu sprechen.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211025-13/fragment/page=0002

Ein Brand.

Die Sturmglocke ertönte heute mittag kurz vor 1 Uhr und rief unsere Freiwillige Feuerwehr nach der Ölgrube Nr. 3, wo im oberen Stockwerk des Müllerschen Hauses ein Brand ausgebrochen war, der um diese Zeit schon recht bedenklich um sich gegriffen hatte. Noch ehe die Feuerwehr erschien, hatten hilfsbereite Nachbarn ihr möglichstes getan, um das Feuer zu bekämpfen. Kur noch 1 Uhr trat unsere Feuerwehr in Tätigkeit, der sich auch sehr bald die Bitterfelder Wehr anschloß. Dem tatkräftigen Vorgehen der Löschmannschaften ist es zu danken, daß der Brand nach kurzer Zeit gedämpft und jede Gefahr einer weiteren Ausbreitung beseitigt wurde. Aber die Entstehung des Feuers verlautet, daß in dem Hause geschwelt worden ist, um Hohlwürmer zu töten. Dabei ist jedenfalls die nötige Vorsicht außer acht gelassen und so der Brand verursacht worden.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 24. Oktober.

Eine so glatt verlaufende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hat es seit Jahren nicht gegeben, die Stadträter waren selbst erstaunt, als sie kurz vor 7 Uhr schon am Schlusse der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung angelangt waren. Zu Beginn der Sitzung waren 25 Stadtverordnete anwesend, im Laufe der Sitzung erschienen noch 3. Am Magistratstisch hatten Platz genommen Erster Bürgermeister Herzog, Bürgermeister Dr. Mosebach, Stadtbaurat Zollinger und die Stadträte Bauer, Bessert, Böttcher, Kleim, Kohl, Seyferth.

An erster Stelle erfolgt die

Einführung des Stadtverordneten Lehrer Wilck (Dn.),

der für den krankheitshalber ausgeschiedenen Stadtv. Borsdorff eintritt. Erster Bürgermeister Herzog verpflichtet und begrüßt den neuen Stadtvater. Auch von dem Stadtv.-Vorst. Junker werden ihm herzliche Begrüßungsworte zugesprochen.

Dann macht der Stadtv.-Vorst. einige Mitteilungen. Die neubeschlossene Verwaltungsgebührenordnung ist vom Bezirksausschuß auf ein Jahr genehmigt worden. — Dem Schneidermeister Dörfel auf dem Neumarkt ist zu seinem 60 jährigen Bürgerjubiläum ein Glückwunschschreiben zugesandt worden. — Es sind über 500 städtische Parzellen im Pachtbetrage bis zu 500 M auf ein Jahr verpachtet worden.

Ersatzwahlen für Deputationen und Kommissionen.

Stadtv.-Vorst. Junker trägt die Vorschläge der Wahlkommission vor, die einstimmig angenommen werden. Es treten danach 1. in den Sparkassenvorstand. Wohnungsdeputation, Haushaltungskommission, Deputation der allgemeinen Verwaltung und eine gemischte Kommission anstelle des zurückgetretenen Stadtv. Schneider besten Nachfolger Menz (Komm.); 2. in die Grundeigentumsdeputation, die Werksfeuerdeputation und die gemischte Kommission anstelle des zurückgetretenen Stadtv. Borsdorff dessen Nachfolger Wilck (Dn.); 3. in die Deputation für die städtischen Werke anstelle des zurückgetretenen Stadtv. Volkrath dessen Nachfolger Kahl (Dem.).

500 M Nachbewilligung für die Freiw. Feuerwehr.

Nach der Begründung des Stadtv. Grimm (Dem.) waren bei Teil 1 Ziffer 2 des Haushaltsplanes für die Freiwillige Feuerwehr bewilligung von 500 M aus der Außerordentlichen Rechnung, was von der Versammlung ohne Besprechung geschieht.

Bewilligung einer Notstandszulage für die städtischen Arbeiter.

Die schon veröffentlichte Vorlage wird von dem Stadtv. Bothe (Dn.) kurz begründet, der empfiehlt, dem Beschluß des Magistrats beizutreten. — Stadtv. Richter (Komm.) bemängelt die Niedrighaltung der Löhne der weiblichen Arbeiter und fragt nach den Tarifabschlüssen. — Stadtrat Bessert gibt die Auskunft, daß die Sätze für die weiblichen Arbeiter die in der ganzen Provinz und auch beim Reich festgesetzten sind. Der Tarif ist abgeschlossen zwischen dem Verband der Kreise und Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Zu den Verhandlungen war auch der Metallarbeiterverband Merseburg vertreten. Nach der Verlesung des entsprechenden kurzen Sitzungsprotokolls über diese Verhandlungen durch Stadtv. Bothe wird die Vorlage einstimmig angenommen. Der Stadt erwachsen dadurch für die Zeit vom 15. August 1921 bis 31. März 1922 an Mehrausgaben 138 580 M.

Erhöhung der Bezüge der städtischen Tarifangestellten.

Stadtv. Bothe (Dn.) begründet die schon veröffentlichte Vorlage ebenfalls und empfiehlt ihre Annahme. Die Staffelung, die nicht seinen Wünschen entspreche, richte sich nach den staatlichen Gepflogenheiten. Die Stadtverordneten gehen ohne weiteres ihre Zustimmung zu der Vorlage, die der Stadt 108 500 M Mehrausgaben verursacht, natürlich infolge der Teuerung.

Erhöhung der Notzuschläge der städtischen Beamten.

Die Vorlage ist schon durch Veröffentlichung bekannt und wird ebenfalls vom Stadtv. Bothe (Dn.) vorgetragen. Es handelt sich nur um eine Kenntnisnahme von der nach einem früheren Gemeindebeschluß durchgeführten Erhöhung der Notzuschläge für die städtischen Beamten nach den staatlichen Maßnahmen. Der Stadt entstehen dadurch Mehrausgaben von rund 182 500 M. Wortmeldungen ergeben sich nicht zu der Vorlage, womit sie zur Kenntnis genommen ist.

Annahme einer Filiale-Gewerbesteuer-Ordnung.

Stadtv. Heilmann (Dem.) begründet die schon veröffentlichte Vorlage und empfiehlt für der Zustimmung der Stadtverordneten. An eine Erwähnung eines Einzelfalles (Blanck-Werke) entspinnt sich eine Besprechung, an der sich Stadtv. Mahle (Dem.), Stadtrat Kleim, Stadtv. Bothe und Stadtv. Heilmann so lange beteiligen, bis der Erste Bürgermeister Herzog darauf hinweist, daß es nicht angängig ist, hier in die Erörterung von Einzelsteuerfällen einzutreten. Darauf wird die Vorlage unverändert angenommen. Auf die Frage des Stadtv. Bothe, was bei der Steuer herauskomme, antwortet Stadtrat Kleim, daß mindestens das bisherige Aufkommen zu erwarten sei, und Erster Bürgermeister Herzog weist auf den großen Vorteil der Selbstveranlagung der Steuerfälle durch die Stadt hin. Die Steuer ist rückwirkend vom 1. April 1921 an.

40 000 M Mehraufwendungen für 10 städtische Beamtenhäuser.

Die durch Veröffentlichung schon bekannte Vorlage wird von Stadtv.-Vorst. Junker (Dem.) begründet und der Zustimmung der Versammlung empfohlen. Nachdem der Erste Bürgermeister Herzog auf den erhöhten Zuschuß des Reiches — 36 000 M für jedes Haus anstelle grundsätzlich nur 30 000 M — hingewiesen hat, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

1500 M für Bau eines Stalles an der Weißen Mauer.

Anstelle des fehlenden Stadtv. Hesselbarth trägt der Stadtv. Richter (Komm.) die Vorlage zum Schluß vor. Stadtv. Krüger (MSP.) erinnert ihn hierbei daran, daß er die Vorlage ja aus dem „Korrespondent" verlese, worauf Stadtv. Richter erwidert, daß der Korrespondent wenigstens dazu nütze. Herr Richter wäre also nicht in der Lage, den mehrheitssozialistischen Bruderstich in der entsprechenden Weise zu beantworten. Deshalb verfiel er auch immer nach seiner Ansicht „geistreichen" Ausfälle gegen den „Merseb. Korrespondent". Nachdem der Vorsitzende Richter die unbedingte Notwendigkeit des Baues des Stalles betont hat, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Damit ist kurz vor 7 Uhr die Tagesordnung durchberaten und man tagt in geheimer Sitzung weiter. S.

Wetterwarte.

B. M. am 26. Oktober (Mittwoch): Nordw. ziemlich heiter, Frost, später Trübung, Niederschläge (teilweise Schnee), windig, etwas gelinder. Übriges Gebiet: Trüb, windig, ziemlich kalt, Niederschläge. — Am 27. Oktober (Donnerstag): Ziemlich trüb, Temperatur wenig verändert, Niederschläge, vielfach Schnee. Abends aufheiternd, kälter.

g. Lochau, 25. Okt. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurde es beschlossen, die bei der Prüfung der Feuerlöschgeräte am 21. Sept. ds. Js. vorgefundenen Mängel zu beseitigen. Die defekt gewordenen Spritzenschläuche sollen von vorgeschlagener Stelle repariert werden. Zu den Reparationskosten haben die Riebeckschen Montanwerke eine namhafte Beihilfe geleistet. Eine elektrische Brennsirene soll am Spritzenhause angebracht werden. Das Gehalt des altbewährten Spritzenmeisters soll entsprechend erhöht werden, die Vertretung beschloß sodann, am Stelle der vom Kreisausschuß abgelehnten besonderen Gewerbesteuerordnung Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu erheben. Der Maschentransformator hat sich durch Vermehrung der Kraftanschlüsse an das Leitungsnetz der Überlandzentrale nicht mehr recht ausreichend erwiesen, so daß schon länger dem Bau eines Transformatorenhäuschens näher getreten worden ist. Da der Bau vorläufig hinausgeschoben war, ist die Überlandzentrale neuerdings an die Gemeinde mit Gewährung von Kredit zum Bauen herangetreten. Diesbezügliche neue Unterhandlungen sollen daher in die Wege geleitet werden, indem auch die Gemeinde Entgegenkommen zeigt. Die Wasserleitungsfrage bildete sodann auf Grund einer neuen Vorlage der Riebeckschen Montanwerke den Gegenstand eingehender Beratungen betreffend Hausanschlüsse, Ausflußländer usw. Sämtliche Hausbesitzer und Brunneninhaber sollen deshalb zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen und mit den Riebeckschen Montanwerken erneut Unterhandlungen gepflogen werden. Noch einige andere die Gemeinde noch besonders interessierende Fragen fanden Besprechung und Erledigung. Bekanntgegeben wurde noch, daß ein Einspruch gegen die Festsetzung des gemeinen Wertes bebauter und unbebauter Grundstücke vor dem Kreisausschuß zu einer Einigung der Parteien geführt hat.

z. Zeitz, 25. Okt. Im Vorgarten des Herrn Schuhmachermeisters Preßich hier befindet sich ein Birnbaum, welcher im Juli ds. Js. nochmals neben angesetzten Früchten reichen Blütenschmuck zeigte, erneut Früchte trägt und zwar nicht nur einige, sondern ziemlich zahlreich. Dieselben haben sich, nachdem die eigentliche Ernte bereits gesammelt ist, stattlich entwickelt, doch dürften sie trotz des herrlichen Herbstes nicht mehr zur Reife gelangen.

Bestrafte Steuerhinterziehung.

Schkeuditz, 25. Okt. Vom Finanzamt in Merseburg wird mitgeteilt: Wegen Verstoßes gegen die Gesetze „Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, Reichsnotopfer und Einkommensteuer" sind im Stadtbezirk Schkeuditz bisher 7 Steuerpflichtige und im Stadtbezirk Lübben 6 Steuerpflichtige vom Finanzamt Merseburg bestraft worden. In den 7 Fällen des Stadtbezirks Schkeuditz beträgt der hinterzogene Steuerbetrag 348 202 M, die festgesetzte Strafe 1 714 056 M. Außerdem wurde 66 057 M Vermögen dem Reiche für verfallen erklärt. In den 6 Fällen des Stadtbezirks Lübben beträgt die hinterzogene Abgabe 76 863 M, die vom Finanzamt festgesetzte Strafe 242 310 M und das für verfallen erklärte Vermögen 144 256 M. In Anbetracht der strengen Strafen, die auf Steuerzuwiderhandlungen stehen, kann nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, die Angaben in sämtlichen Steuersachen dem Finanzamt gegenüber wahrheitsgemäß zu machen. Wenn eine Steuerhinterziehung nachgewiesen wird, kann neben der zu zahlenden Nachsteuer und der Geldstrafe noch auf Veröffentlichung in der Zeitung, Gefängnis bis zu 2 Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Mücheln und Umgegend.

x Querfurt, 25. Okt. Der landwirtschaftliche Hausfrauenverein Querfurt und Umgegend beabsichtigt am 26. und 27. November im Goldenen Adler eine Ausstellung zu veranstalten. Ausgestellt sollen werden Handarbeiten jeder Art, Strickereien, Stickereien, Häkeleien, Webereien, Malereien, kurz alles, was Hausfrauenfleiß geschaffen hat. Willkommen sind auch kunstgewerbliche Arbeiten, auch Kinder-Handarbeiten. Die interessantesten Stücke sollen prämiiert werden.

x Barnstädt, 25. Okt. Im hiesigen Kirchspiel Barnstädt-Göhritz hat am Erntedankfeste zum Besten des Diakonissenhauses in Halle eine Lebensmittelsammlung stattgefunden, die dank der schon so oft glänzend erprobten Opferfreudigkeit der Gemeindeglieder einen reichen Ertrag abgeworfen hat. Es sind im ganzen eingekommen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung, sowei ihnen die betr. Bitte nahe gelegt war: 18 Zentner Kartoffeln, 8 Zentner Gemüse, 2 Zentner Obst, 2½ Zentner Erbsen und Bohnen, ½ Zentner Möhren und 13½ Pfund Speck und Butter. Bei dem gegenwärtigen Tiefstand unseres Geldes, der hohen Preise auf allen Gebieten und der dadurch entstandenen Notlage in allen Städten christlicher Barmherzigkeit ist die erfolgreiche Sammlung vom Diakonissenhaus in Halle mit wärmster Dankbarkeit begrüßt worden. Vielleicht finden sich auch andere Gemeinden, unseres Kreises, die das Beispiel von Barnstädt nachahmen, zur Freude von Gebern und Empfänger.

Turnen — Spiel — Sport.

Die Liga-Tabelle

nach der am 23. Oktober erledigten 9. Runde.

Vereine	Gespielt	Gew.	Unentsch.	Verloren	Punkte +	Punkte −	Tore +	Tore −
V.f.L.-Merseb.	8	5	1	2	11	5	15	9
Wacker	6	5	—	1	10	2	23	5
Borussia . . .	7	4	2	1	10	4	25	8
Sportverein 98 .	6	4	1	1	9	3	9	3
Naumburg 05 .	9	2	5	2	9	9	18	13
V.f.L. 96-Halle .	6	3	2	1	8	4	14	8
Sportfreunde . .	6	1	3	2	5	7	11	12
Preußen-Halle . .	9	1	3	5	5	13	11	36
Favorit	7	1	2	4	4	10	8	20
Sportv. Weißenf.	8	—	—	7	1	15	6	27

Der VfL. marschiert immer noch vornan! Die nächste Woche kann eine Änderung bringen, ebensogut aber auch nicht. Das hängt ganz davon ab, wie die Merseburger das erste Spiel der zweiten Serie, das sie mit der Borussia in Halle zusammenführt, beenden. Zunächst ist der VfL. durch die etwas überraschend kommende vorgestrige Niederlage der Naumburger durch Favorit-Halle diesen unbequemen Gast für einige Zeit los. Viel kommt darauf an, in welcher Weise sich am kommenden Sonntag der stark nach oben drängende Kreismeister mit dem Sportverein 98 auseinandersetzen wird.

Preußen I—Sportbrüder I-Halle 2 : 5 (2 : 1).

Auf dem Sandanger in Halle standen sich beide Mannschaften am vergangenen Sonntag im fälligen Verbandsspiel gegenüber. Das stürmische Wetter ließ auch dieses Spiel nicht zur vollen Entfaltung kommen, und unsere Schwarzweißen mußten sich eine dem Spielverlauf absolut nicht entsprechende, unverdiente Niederlage gefallen lassen. Mit dem Anstoß der Hiesigen setzte der Kampf flatt ein, und schon in der 4. Minute sitzt durch einen Fehler der Verteidigung Nr. 1 im Preußentor. Preußen, mit den Wind als Bundesgenossen, drängt jetzt den Gegner hart, und bald gelingt durch einen gut verwandelten Eckball der Ausgleich. Halle kommt jetzt wenig auf, die Schwarzweißen sehen alles daran, einige Tore vorzulegen, aber alles vergeblich. Mit viel Glück das Torwartes hält Halle das Spiel, bis kurz vor Halbzeit Preußen mit Nr. 2 in Führung geht. Nach dem Seitenwechsel versuchen die Sportbrüder, mit dem Winde spielend, alles, anzubohren, und schon in wenigen Minuten ist der Ausgleich geschaffen. Der Ball springt hoch auf das Tor, der Torhüter wird vom Verteidiger am Abwehren gehindert und beide drängeln den Ball ins Tor. Die Hiesigen legen jetzt nochmals tüchtig los, trotz des starken Windes werfen sie den Sturm immer wieder nach vorn, gefährliche Angriffe erfolgen, aber zu einem Erfolg kommt es nicht. Trotzdem die ganze Spielzeit offen halten, können sie es nicht verhindern, daß Halle durch Niederschlagen mit der Hand das 3. Tor und bald darauf durch ein Selbsttor (ein von Heidel abgewehrter Eckball dreht sich ins Tor) den 4. Treffer erzielt. Die Schwarzweißen müssen sich jetzt geschlagen bekennen; bis zum Schluß erhöht Halle durch scharfen, unhaltbaren Schuß die Torzahl auf 5. Die Preußenelf spielte durchweg eifrig und fast technisch den Gegner nicht viel noch, nur das alte Leiden, der Sturm war nicht durchschlagskräftig, schoß zu wenig und zu unplaziert. Halle sicherte sich durch taktisch bessere Spielweise den Sieg. Der Schiedsrichter vom B.C.-Leipzig war einwandfrei und traf korrekte Entscheidungen. Das Spiel selbst war ziemlich fair. — Die unteren Mannschaften setzen ihren Siegeszug fort. Die II. Mannschaft schlug die gleiche Elf der Halleschen Sportbrüder nach schönem Spiel glatt mit 5 : 0 (4 : 0) und sicherte sich somit zwei weitere Punkte. — Die III. Mannschaft holte sich von Olympia III-Halle mit 3 : 1 Sieg und Punkte, ebenso die IV. Mannschaft, mit 4 : 1 behielt sie über VfL. II-Körbisdorf die Oberhand. — Der Jugend hatte weniger Glück. Mit 3 : 1 mußte die I. Jugendmannschaft der spielstarken gleichen Elf von VfL. 96-Halle Sieg und Punkte überlassen. Die II. Jugendmannschaft verlor im Gesellschaftsspiel knapp und unverdient gegen Spielvereinigung-Burgliebenau mit 2 : 1. — Preußens Kleinste, die II. Knabenmannschaft, brachte dagegen auch einen Sieg heim, sie fertigten die gleiche Elf der hiesigen Germanen mit 8 : 1 ab. Gesamtterresultat 19 : 13.

VfL. Ligareserve—VfL. I-Querfurt 4 : 1.

Die am Sonntag zum Austrag gekommenen Spiele des VfL. erbrachten bis auf eine Ausnahme recht günstige Ergebnisse. Das Werkspiel VfL. Ligareserve—VfL. I-Quetfurt in Quetfurt endete 4 : 1 für Merseburg. Der orkanartige Sturm ließ ein einwandfreies Spiel nicht zu, und doch war eine Überlegenheit der Hiesigen zu beiden Halbzeiten unverkennbar. Querfurt als Neuling im Fußballsport zeigte sehr gute Anlagen, vor allem war der Elfer lobenswert. — Die auf dem VfL.-Platz ausgetragenen Spiele endeten: VfL. III—Favorit III 0 : 0; die IV. Mannschaften 3 : 2 für VfL.; I. Jugend—Sportfreunde I. Jugend 0 : 2; die II. Mannschaften 2 : 1; VfL. III. Jugend—Preußen II. Jugend-Halle 4 : 1. Mit diesem Spiel steht die III. Jugend ungeschlagen in 6 Spielen mit dem Torverhältnis 27 : 8 an der Spitze der III b-Klasse. VfL. IV. Jugend—Borussia IV. Jugend 2 : 1; VfL. I. Knaben—Sportfreunde I. Knaben 2 : 1; VfL. II. Knaben—Germania I. Knaben 0 : 4.

Mitteldeutschland—Ungarn 2 : 3.

Trotz der hochgespannten politischen Lage fand in Budapest der Fußballwettkampf Ungarn—Mitteldeutschland statt. 30 000 Zuschauer wohnten dem Kampfe bei, der gegen alle Erwartungen die Mitteldeutschen als ebenbürtige Gegner sah. Mit 3 : 2 Toren konnten die Ungarn nach schwerstem Kampfe zuteil. Bei der Pause stand das Spiel 1 : 0 für Ungarn.

*

Stockball.

VfL.-T.- u. R.-Weißenfels II 3 : 3 (2 : 0) in Weißenfels.

Von dem ersten Spiele in der neuen Spielzeit kehrte die Stockballmannschaft des VfL. am Sonntag mit obigem Resultate aus Weißenfels zurück. Die lange Pause machte sich natürlich noch ziemlich bemerkbar. Trotzdem konnte VfL. das Spiel leicht überlegen gestalten und bis zur Pause mit 2 : 0 in Führung gehen. Verschärfung der Spielweise und ganz einzelige Entscheidungen der von Weißenfels gestellten Schiedsrichter brachten für Weißenfels schließlich wohl den Ausgleich, leider aber auch eine derartig scharfe Note in das Spiel, daß jedermann froh war, als der Schlußpfiff den Kampf beendete.

Handel — Verkehr — Industrie

= **Der Markkurs** notierte am Montag in Zürich **3,15 Centimes**, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,05 Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark **1,74 Cents** bezahlt, **was** gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,04 Cents bedeutet.

= **Leipzig**, 24. Okt. Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 494, Ochsen 153, Bullen 91, Kalben 47, Kühe 203, Kälber 168, Schafe 829, Schweine 954, zusammen 2445. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen: 1. Kl. 775—850 M, 2. Kl. 650—775 M, 3. Kl. 500—650 M, 4. Kl. 400—500 M; Bullen: 1. 700—775, 2. 575—700, 3. 500—575, 4. 400—500; Kalben: 1. 775—850; Kühe: 1. 700—800, 2. 550—700, 3. 450—550, 4. 300—450; Kälber: 2. 850—950, 3. 700—850, 4. 550—700; Schafe: 1. 600—650, 2. 450—600, 3. 300—450; Schweine: 1. 1400—1475, 2. 1475—1525, 3. 1300—1400, 4. 1150—1300, 5. 1150—1300. Überstand: 36 Rinder, 17 Ochsen, 9 Bullen, 10 Kühe, 104 Schafe. Geschäftsgang: Rinder mittelmäßig, Kälber mittelmäßig, Schafe langsam, Schweine mittelmäßig. Der nächste Montagsmarkt fällt des Reformationsfestes halber auf Dienstag.

= **Berlin**, 24. Okt. Produktenbericht. Am Produktenmarkte machte sich Knappheit in Offerten bemerkbar, die auf Störungen der Drahtleitungen zurückgeführt wurden. Die Tendenz gestaltete sich fest auf das Ansuchen der Verbraucher und Kaufluft. Namentlich Roggen war begehrt. Wintergerste blieb hauptsächlich für Malzzwecke gesucht und erzielte höhere Preise. Auch Sommergerste in guter Qualität wurde höher bezahlt. Hafer war weiter befestigt bei sehr knappem Angebot. Mais stellte sich bei guter Nachfrage etwas höher. Mehl war gefragt. Für Ölsaaten wurden hohe Preise gefordert. Hülsenfrüchte waren sehr knapp angeboten.

= **Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 24. Oktober.** Weizen, märkischer 207—271, fest; Roggen, märkischer 212 bis 215, fester; Gerste (Wintergerste) 245—255, (Sommergerste) 285 bis 310, fest; Hafer, märkischer 218—223, fester; Mais, ohne Provenienzangabe, Okt.-Jan. 209—211, ab Hamburg; Weizenmehl 685—735, feine Marken über Notiz, fest; Roggenmehl 520—540, fest; Weizenkleie 140 bis 145, fest; Roggenkleie 138—142, fest; Raps 490—510, fest; Leinsaat 390—425, fest; Viktoriaerbsen 350—375, Kleine Erbsen 260—290, Futtererbsen 218—235, Blaue Lupinen 120—130, Gelbe Lupinen 135 bis 150. Rapskuchen 165—175. Trockenschnitzel, prompt 138—142.

Vermischte Nachrichten

Der erste Schneefall im Schwarzwald.

Freiburg i. B., 25. Okt. Infolge des Witterungsumschlages ist am Sonntag nachmittag und in der Nacht auf den Höhen des südlichen Schwarzwaldes, besonders im Gebiete bei Feldberg, bei drei Grad Kälte der erste Schneefall eingetreten.

Sturm und Hochwassergefahr an der Unterelbe.

Hamburg, 25. Okt. Infolge des orkanartigen Sturmes herrscht auf der Unterelbe und der Nordsee Hochwassergefahr. In den tiefergelegenen Stadtteilen hat die Flut bereits die Straßen überschwemmt und ist in zahlreichen Kellerräumen eingedrungen. Die Kais sind fast an der ganzen Elbe überschwemmt. Der Personenverkehr auf dem Strome muß zum größten Teil eingestellt werden. Vor der Elbmündung ist ein noch unbekannter großer Dampfer auf Grund geraten und anscheinend schon vollgelaufen. Infolge des noch herrschenden Sturmes ist es nicht möglich, an ihn heranzukommen.

12000 Arbeiter durch einen Streik brotlos gemacht.

Bochum, 25. Okt. Infolge eines Maurerstreiks mußten die Hochöfen gedämpft und damit der ganze Betrieb der Gußstahlfabrikation stillgelegt werden, so daß 12 000 Arbeiter brotlos wurden.

Große Schäden der Sturmflut.

Hamburg, 24. Okt. Der gestrige Nordweststurm hatte eine Sturmflut und damit einen Anschlag Schaden im Gefolge. Über vierhundert Meldungen über Schäden liefen durch das Telegraphenamt. Auf Nordsee und Unterelbe ist Hochwassergefahr. Hamburger Stadtteile sind überschwemmt. Vor der Elbmündung lief ein großer Dampfer auf Grund.

Wie das B. T. aus Amsterdam meldet, kommen von der ganzen holländischen Küste Nachrichten von Sturmschäden und Strandungen.

Die Liebesirrungen der Prinzessin Joachim.

Uhrmachergeselle und Prinzessin.

In dem Prozeß der Witwe des Prinzen Joachim von Preußen gegen den Prinzen Eitel Friedrich als Vormund ihres Sohnes hat der Vormundschaftsrichter in Potsdam jetzt den früheren Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Bülow zum Pfleger bestellt. Der Pfleger soll nach freiem Ermessen für die Unterbringung des Prinzen sorgen, soll das Kind aber auf seinen Fall vorläufig der Mutter anhändigen, weil die Lebensweise der Prinzessin keine Gewähr für die Erziehung des Prinzen biete. Die dem Vormundschaftsrichter vorgelegten Beweise lassen die Prinzessin in einem wenig günstigen Lichte erscheinen. Sie genießt in Berchtesgaden, wo sie seit Jahren wohnt, einen sehr schlechten Ruf. Besonders wurde eine Affäre mit einem Hochstapler besprochen, der sich ihr unter dem Namen eines Grafen Mühlhaber näherte und ihr kostbare Geschenke machte. Die Mittel hierzu erguunerte er sich durch Scheckschwindeleien, und bei seiner Verhaftung stellte es sich heraus, daß er ein Uhrmachergeselle aus Vorzheim war, der schon erhebliche Vorstrafen erlitten hat. Eine andere Affäre hatte die Prinzessin mit einer sehr bekannten Sängerin, deren Gatte längere Jahre die intimsten Beziehungen zur Prinzessin hatte. Bei einem Zusammentreffen im Dresdener Stadttheater kam es im Vestibül zu einer erregten Szene, bei der sich die Sängerin zu Tätlichkeiten hinreißen ließ. Man wirft der Prinzessin ferner vor, daß sie während der Trauerzeit um ihren Gatten und um ihre Schwiegermutter in Berchtesgaden Tanzlustbarkeiten besuchte und sogar an einem öffentlichen Tanzturnier teilgenommen habe. Aus all diesen Gründen hat daher der Vormundschaftsrichter bis zur Beendigung des Prozesses die oben erwähnte Verfügung getroffen.

Ich rauche Alster Club Fru-Fru Kenner die gern mal Laferme Zigaretten

Verantwortlich für den politischen Teil Franz Rößner; für Handel, Lokales usw. Philipp Schmitz; für Nachrichten- und Anzeigenteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Mönes, Berlin-Wilmersdorf, Hildesheimer Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Nöthner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211025-13/fragment/page=0003

Sinner Backpulver Liköre PARA, Curaçao, Cherry-Brandy, Vivat (altpreußischer Magenlikör) die allgemein beliebten Qualitäts-Marken!

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Verlobt.
Liselotte Senft, Halle, mit Dr. rer. pol. Herm. Stoffel, Weißenfels; Marie Henne, Baldiz, m. Karl Schumann, Neuschoberg; Lotte Bultmann mit Ferdinand Schwarz, Pensionshaus Schillerhaude, Post Schmiedeberg.

Gestorben.
Gertrud Schlenstedt, 27 J., Querfurt; Karl Wurdig, 70 J., Oltmaz; Margarete Bunz, 73 J., Halle; Henriette Tollert, 53 J., Halle; Franz Bollmer, Mühlenbes., Döllnitz; Irma Georgius, 24 J., Halle a. S.

Beamter sucht **möbliertes Zimmer,** möglichst Bahnnähe. Ang. unt. 321 an die Exped. d. Bl.

Eine Schlafstelle oder möbl. Zimmer bei anständ. Leuten gesucht. Ang. u. 342 a. d. Exp. d. Bl.

Stallung zu pachten gesucht! Angebote unter 334 an die Exped. d. Bl.

Tausche meine Wohng., Merseburg, 4 Zimmer und Küche, mit gleichgroßer in Weißenfels. Ang. u. 338 a. d. Exp. d. Bl.

Gef. Winterjoppe gegen Futter- oder Speisekartoffeln zu tauschen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Getragene Kindermäntel für Kinder v. 3—16 Jahren zu kaufen gesucht. Kleiderstelle Karlstraße 4 Annahme jeden Mittwoch von 3—12 Uhr.

Suche Ackerland, Wiesen-, möglichst an der Chaussee von Merseburg nach Leuna gelegen, zu kaufen. Angeb. unt. 341 an die Exp. d. Bl.

Statt Karten.
Für die uns anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen aus nah und fern unseren herzlichsten Dank.
Ernst Zimmermann u. Frau
Hilda geb. Ohme.
Naundorf, im Oktober 1921.

Für die uns anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten, Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.
Richard Hempel u. Frau
Frida geb. Winter.
Kriegsdorf, den 26. Oktober 1921.

Freiwillige Auktion
Donnerstag, den 27. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr werde ich im **Brauerei-Grundstück** zu **Dorbitz** Nr. 54 b. Dürrenberg a. S. das gesamte vorhandene Brauerei-Inventar öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern als:
1 Kühlschiff, 1 Bierbottich, 1 Meißhbottich, 2 Bierwannen, 1 ex. Faß, 1 Partie alte Fässer, 2 Bierpfannen, 1 Bock, ferner 100 Fässer 1/16, 100 Fässer 1/8, 1/4, 1/2, 1/1, 1 gr. Plane (für 4 Diemen passend), 1 Pult u. v. a.
Besichtigung ab 8 Uhr.
Z. A. d. E. **Albert Franke,** beeid. Auktionator.

Speisekartoffeln
zum Eindecken, rote und weiße, Phönix und Up to date, am Lager
Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7.

Wer leiht Geschäftsfrau **2000 Mark** gegen Rückzahlg. u. Zinsen. Ang. u. 343 a. d. Exp. d. Bl.

Ziehung 10.-12. Nov. 1921 Deutsche Kampfspiele
Geld-Lotterie
13337 Gewinne o. Abzug. M.
400 000
100 000
50 000
Hauptgew.
Lose à M. 4 Porto u. Liste M. 1.20 extra empfiehlt und versendet **Emil Stiller** Bankhaus **Hamburg,** Holzdamm 39 Postscheck-Konto 20016

Die Maurerarbeiten
(ausschl. Materiallieferung)
für den Gemeinschaftsbahnhof, in der „Hölle" gelegen,
sind zu vergeben. Die Unterlagen können gegen Erstattung von 15 Mark vom Stadtbauamt bezogen werden, ebenso sind hier die Zeichnungen von vorm. 9—11 Uhr einzusehen.
Schriftliche Angebote sind bis Dienstag, den 1. 11. 21, mittags 12 Uhr beim Stadtbauamt einzureichen, woselbst auch die Öffnung derselben erfolgt.
Merseburg, den 20. Okt. 1921.
VII. 1362/21. **Stadtbauamt.**

Wir kaufen alte u. gebrauchsfäh. Maschinen Motore, Autos, ganze Fabrikanlagen Metalle Alt-Eisen
Gebr. Nüssgen, Leipzig, Industr. 3. Tel. 15746.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Heilung in kürzester Zeit, Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, Mannesschwäche, schnelle Hilfe. Weltruf. — Ueber jeden der 4 Zweige ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten und Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung sofortigen gegen 1 Mk. für Porto in geschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch Dr. med. H. Seemann, G.m.b.H. Sommerfeld 104 (Bezirk Frankfurt Oder) Spezialärztliche Leitung. Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt werden kann.

Tafel-Aepfel,
za. 100 Ztr.,
hat im ganzen Posten abzugeben. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

?Helios?

Welch. Fuhrmann fährt in den nächsten Tagen **nach Halle?** und kann von dort einige Kisten mitbringen? Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Öffentliche Volks-Versammlungen!
Deutsche Volkspartei.
Schriftsteller **Arendt-Denart — Berlin** spricht:
Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 Uhr in **Kötschau** (Gasthof Blume),
Donnerstag, den 27. Oktbr., abds. 8 Uhr in **Lauchstedt** (Gasthof zum Stern),
Sonnabend, den 29. Oktbr., abds. 8 Uhr in **Gr.-Görschen** (Gasthof Groß),
Sonntag, den 30. Oktbr., nachm. 4 Uhr in **Schkölen-Käpitz**
Montag, den 31. Oktober, abds. 8 Uhr in **Merseburg** im „Tivoli"
über: **„Die zu beschreitenden Wege in der Not des Vaterlandes".**
Freie Aussprache.
Deutsche Volkspartei, Kreisverein Merseburg.

Bekanntmachung.
Die erhebliche Steigerung sämtlicher Gestehungskosten zwingt uns,
vom 26. Oktober ab
folgende Preise festzusetzen:

Braunkohlenbriketts in Fuhren über 30 Ztr. je Ztr. frei Gelaß, geschüttet	Mk.	17.70
" " " " " " " " " " " gesetzt	Mk.	18.00
" " " " unter 30 Ztr. je Ztr. geschüttet	Mk.	18.00
" " " " " " " " " gesetzt	Mk.	18.30
Preßsteine, 1000 Stück frei Gelaß	Mk.	300.00

Bei Lieferung frei Haus (ohne Abladen) ermäßigt sich der Preis um Mk. 0.80 je Ztr.
Merseburg, den 24. Oktober 1921.
Merseburger Kohlenhändler-Vereinigung.
Der Vorstand.
Stoebe, 1. Vorsitzender. Hildebrandt, Schriftführer.

Kaufm. Verein Saxonia
Mittwoch, den 26. d. M.
Jahreshauptversammlg.
abends 8 Uhr im Casino. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
Der Vorstand.

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent.

Epilepsie- (Fallsucht, Krämpfe) **Leidende,** auch solche die alles umsonst angewandt, verl. kostenloses belehrende Broschüre. **Adler-Apotheke** Sommerfeld 154 NL.

10 Woch. alter, hübscher, **gesunder Knabe als Eigen abzugeben.** Näh. **Kreiswohlfahrtsamt Landkreis Merseburg.**

Jg., anständig. Mädchen aus besserer Familie **sucht Stellung** als Stütze zum 1. 11. oder 15. 11. Angeb. unter 337 an die Exped. d. Bl.

Maurer und Zimmerer stellt ein
Leonhardt Lutz Nachf.
Baugeschäft
Weißenfelser Straße 52a

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

Morgen auf dem Wochenmarkte:
ff. große grüne Heringe
und wieder der bekannte
Fettbückling Marke „Goldfisch".
Otto Fickert, Teichstraße 31, Telephon 378.

Handwerker mit eigenem Haushalt sucht anständiges Mädchen od. Kriegerwitwe, nicht über 25 Jahre, als **Wirtschafterin.** Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Angeb., w. mögl. m. Bild, unter 340 an die Exped. d. Bl.

Zur Führung frauenl. Beamtenhaushalts **Fräulein od. unabh. Frau** (Mitte 40) gesucht. Angeb. unter 339 an die Exp. d. Bl.

Mädchen zur Aufwartung für nach mittags bei hohem Lohn gesucht **Gasthof gold. Hahn.**

Wegen Erkrankung des jetzigen suche sofort od. 1. 11. bei hohem Lohn **tüchtiges Mädchen** für Küche und Haus. Hotel Dammschloß, Dammstr. 13.

Aufwartung für sofort oder 1. Novbr. gesucht. Zu erfragen Neumarkt 43.

Kleiner schwarzer **Hund entlaufen!** Meldungen bitte nach Neu-Röthen, Mittelstr. 12, 2 Tr.

Deutscher Schäferhund entlaufen. Zu melden Friedrichstr. 10

Schäferhund zugelaufen. Richters Baumschule.

Schloßkeller.
Mittwoch, 26. Okt. **Schlachtefest**
Freyberg-Porter-Ausschank.
: Musikalische Unterhaltung. :
Es ladet freundl. ein Hugo Zöllner.

Rheingold.
Auf vielseitigen Wunsch Mittwoch und Donnerstag die drei
Geschwister Anders.

Funkenburg.
Mittwoch, den 26. Okt., von 7 Uhr an,
großer Kirmes-Ball
verbunden mit Kirmesschmaus und allerlei Ueberraschungen. — Doppel-Orchester. Es ladet freundlich ein Bruno Knuche.

Casino. Mittwoch, den 26 Oktbr., von abends 7 Uhr an großer **Mittwoch-Ball.**

Ratskeller-Restaurant
Jeden Mittwoch von 7,30—11 Uhr
Jeden Sonntag von 5—11 Uhr
Künstler-Unterhaltungsmusik
Eintritt frei. — — Otto Klessler.

Schachklub Merseburg.
Im Klublokal Hotel zum alten Deffauer beginnt Sonntag, den 30. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr, ein
Schach-Anfängerkursus
zu dem alle, die das Schachspiel erlernen wollen, eingeladen werden. — Fortgeschrittene Spieler finden jeden Dienstag abend 7 Uhr im Klublokal Spielgelegenheit.
Der Vorstand.

Eine Menschenhaut
soll glatt und rein sein,
frei von Mitessern und Pickeln, frei von Runzeln und Krähenfüßchen. Regelmäßige Waschungen mit Rot-Gesand-Mandelkleie beseitigen alle Hautunreinheiten und Teinfehler. Die zarte Frottage der Rot-Gesand-Mandelkleie belebt und erfrischt die Haut und macht sie blumenzart und sammetweich. Ueberall erhältlich.

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut und Nissen Kopf-, Kleider- u. Filz- **Läuse** geziefl. gesch. **Kampoida** bei Mensch u. Tier f. Wunden unschädl. **Wanzen**
Verkauf nur bei:
Ritter-Drogerie Werner Mahlfeld.

Alle Sorten Därme
zum Hausschlachten
empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Darmhandlung Carl Wähner,
früher Delsruhe, jetzt Windberg 2, am Roßmarkt.

Für jeden Schuh

Radal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller Werner & Mertz A-G. Mainz.

Stadttheater Halle.
Mittwoch, 26. Oktober,
Die Abreise.
Hierauf:
Frau Potiphar.

?Helios?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211025-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 250. Dienstag den 25. Oktober 1921. 48. Jahrg.

Das abenteuernde Habsburg.

Von Staatssekretär a. D. Konrad Haußmann, M. d. R.

Die Exkaiserin Zita ist mit ihrem lenksamen Gatten im Flugzeug aus Hertenstein in das Ungarland aufgeflogen. Diese Habsburgpolitik wird in einem Meer von Enttäuschung enden. Der letzte Habsburger hat seine angewachsenen Flügel. Das Wachs der Federn, die ihm seine romantische, ehrgeizige Gattin ankleben will, wird rasch schmelzen.

Der Kaiser landete, verteilte die Truppen, setzte sie auf die Eisenbahn und hoffte, Budapest durch Handstreich der ungarischen Regierung aus der Hand zu nehmen, die er für abtreiungsbereit hielt. Aber ein Vortrupp fand die Geleise vor Pest verrammelt. Hartbp, der Staatsverweser der ungarischen Republik, ist nicht abgetreten, sondern hat einen Abgesandten des Exkaisers im Beisein des englischen Botschafters empfangen, abschlägig beschieden und sich dann zu den Truppen begeben. Bei Budaörs wird seit 24 Stunden geschossen. Nehmen die ungarischen Truppen den Kampf gegen den Karlistenkaiser, seine Banden und den monarchistischen Adel auf, so ist die Rechnung des entthronten Prätendenten schon „militärisch" falsch. Gelingt ihm ein Gewaltstreich, so wird die anderweitige Abschnürung in Tätigkeit treten. Die Kleine Entente leckt nach einem demonstrativen Erfolg und wird die ganze Stimmung, die gegen den dilettantischen Habsburger in seinen einstigen Landen herrscht, so rasch mobil machen wie ihre Streitkräfte, um einen Triumph feiern zu können. Die Vorsicht Enterns aber, soweit England und Italien engagiert sind, wird diesem monarchistischen Restaurierungsspiel den Boden noch vorher entziehen.

Zweideutig ist Frankreichs Haltung, die kompromittiert und enthüllt wird durch die Erklärung des „Figaro", „Frankreich werde sich hoffentlich nicht beeilen, im Namen einer interalliierten Solidarität, die nie zugunsten Frankreichs angeschlagen sei, einen Fürsten zu verbannen, der für alle Alldeutschen einen Aufruf bedeute." Diese kindliche Formulierung legt den Gedanken an ein karlistisches Komplott nahe, dem der berüchtigte Prinz von Parma die Bourbonen und ähnlich gerichtete Geister aus Frankreich zuzuführen versucht. Man wird alsp auf Briand einwirken, die Entwicklung „abzuwarten". Wenn Frankreich sich durch diese zweideutige Politik blostellt und mit dem Luftschiffer, welcher der Schweizer Republik sein Wort gebrochen hat, fraternisiert, — so ist das eine Demaskierung, gegen die Deutschland nichts einzuwenden hat. Aber so leichtfertig wird Briand nicht sein. Karl selbst oder diejenigen, die ihn schieben, rechnen — nach einer Auslassung Sauerweins, des sattsam bekannten Journalisten — damit, daß „Frankreich, aber auch England seine Truppen entfenden werden, um die Rückkehr eines Herrschers zu verhindern, der während der beiden letzten Kriegsjahre den Wunsch befundet hat, sich von Deutschland zu trennen." Diese Formel zeigt, daß die habsburgische Restaurierung von dem Konzert der Siegermächte Duldung als Dank für Verrat an Deutschland erwartet und damit Propaganda für sich macht. Deshalb ist es im höchsten Maße befremdend, daß in Wien das christlich-soziale Hauptorgan, die „Reichspost", für die Rückkehr des Habsburgers Stimmung macht, weil sie ein Sieg der „Selbstbestimmung" und ein moralischer Halt gegen die Versklavung Europas wäre. Die „Reichspost" wird schließlich transcendental: „Engel tragen das alte Wappenschild Ungarns, das die Stefanskrone überdacht. Noch durchdringt das Auge nicht die großen Beschlüsse der Vorsehung."

Tirol hat in Innsbruck die Führer der Monarchisten in Haft genommen und einen republikanischen Ausschuß eingesetzt, und auch Wien ruft die Arbeiter auf. Es ist anzunehmen, daß eine starke republikanische Strömung sich entwickelt.

Das alles sind schon volle Beweise für die unverantwortliche Erschütterung, die der „zweite Streich" des jugendlichen Exkaisers seinen früheren Ländern bereits zugefügt hat.

Der Habsburger kompromittiert das monarchische Regime.

*

Nach neueren Nachrichten hat das Abenteuer des Exkaisers Karl bereits sein Ende gefunden. Es liegen folgende Meldungen vor:

Karls Truppen zurückgeworfen.

Wien, 25. Okt. Bei den Kämpfen vor Budapest wurden die Truppen Karls zurückgeworfen. Die Regierungstruppen erbeuteten große Mengen an Waffen und Munition und machten 120 Gefangene. Sie hatten 8 Tote und 12 Verwundete. Die Regierungstruppen hoffen, im Laufe des heutigen Tages vollkommen Herr der Situation zu werden.

Karl gefangen!

Budapest, 25. Okt. (Meldung des Ungar. Korr.-Bureaus.) Nach einem neuen Gefecht wurden die Aufrührer zerstreut. Ihre Führer flüchteten und überließen die Sorge für die Sicherheit des Königs den Regierungstruppen. König Karl wurde unter den höflichsten Formen der Obhut des Obersten Simenfalbi der Nationalarmee anvertraut.

Auch Zita gefangen?

Wien, 25. Okt. Wie das „Neue Wiener Tagblatt" von zuverlässiger Seite erfährt sind König Karl und seine Gattin von Horthys Truppen gefangen genommen worden.

Die Gefangennahme in Tata.

Budapest, 25. Okt. Der die Aufständischen beförderende Zug versuchte über die Stadt Tata nach Komorn zu gelangen, die Aufständischen erfuhren aber in Tata, daß die Eisenbahnlinie nach Komorn unterbrochen sei und daß die dortige Garnison die Flucht mit Waffengewalt versuchen würde. Der Zug flieht in Tata leer. Die ungarische Regierung hatte bereits zu Beginn des Putsches einen zuverlässigen Offizier nach Tata geschickt, der jedoch von den durchziehenden Truppen Oedenburgs am Sonnabend gefangen wurde. Dieser Offizier übernahm nun in Tata das Kommando und sorgte für die Überwachung des Königs, ferner ordnete er die ohne Führer gebliebenen zurückströmenden Aufständischen. Die an der Organisation des Putsches beteiligten Politiker und Soldaten fremder Herkunft ließen den König im Stich und suchten zu fliehen. Nagosczky, Andrassy und Gratz sind noch in Tata in Gefangenschaft der ungarischen Nationalarmee geraten. Die Regierung hat Maßnahmen zur Festnahme der übrigen Aufwiegler getroffen.

Der gefangene König in Tata.

Budapest, 25. Okt. (W. Korr.-Büro.) König Karl und Königin Zita befinden sich zurzeit unter Bewachung auf Schloß Totis (Tata).

Die Tschechen erklären sich gegen Ungarn.

Prag, 25. Okt. In der heutigen Sitzung des Außenausschusses des Abgeordnetenhauses legte Ministerpräsident Dr. Benesch den Standpunkt der Regierung zu den Ereignissen in Ungarn dar. Er erklärte u. a.: Solche Dinge dürfen sich nicht wiederholen. Wir sind diplomatisch und militärisch gerüstet, der Gefahr, die unserm Staate und ganz Mitteleuropa droht, begegnen zu können. Wir wollen, daß die habsburgische Frage endgültig gelöst, der Friedensvertrag zur Geltung gebracht, insbesondere die Entwaffnung Ungarns vollzogen wird. Die ungarische Regierung trifft die Schuld, daß Karl mit der verworrenen Lage im Burgenlande rechnen und infolgedessen zurückkehren und den Frieden in Mitteleuropa stören konnte. Am Schluß der Sitzung erklärte Benesch, die Regierung werde heute, wo Ruhe und Besonnenheit, aber auch Energie nötig sei, die nötigen Maßnahmen treffen und werde nichts anderes im Auge haben, als eine rasche Beendigung dieses Ereignisses und zwar mit möglichst friedlichen Mitteln. Die Erklärungen wurden sodann angenommen.

Italien damit einverstanden.

Der italienische Gesandte ersuchen heute bei Dr. Benesch und übergab ihm eine amtliche Erklärung des italienischen Ministeriums des Äußern, in der der Minister mitteilt, daß er mit Dr. Benesch gleicher Ansicht sei über die Wichtigkeit eines gemeinsamen energischen Vorgehens gegenüber den Ereignissen in Ungarn.

Beratungen in Budapest.

Budapest, 25. Okt. Gegenwärtig finden hier Beratungen zwischen der Regierung und den Ententevertretern statt, zu denen auch diplomatische Vertreter der Kleinen Entente geladen wurden, die sich mit dem Schicksal Karls befassen.

Das Wichtigste vom Tage.

Das zwischen der französischen Regierung und der Regierung von Angora getroffene Abkommen, das die Räumung der von den Franzosen besetzten Gebiete, die wieder an die Türkei zurückgegeben werden, vorsieht, ist veröffentlicht worden mit der Bemerkung, daß die Gerüchte, es würden auch Fragen in ihm berührt, die den Alliierten gemeinsam seien, unwahr und nur ein politisches Manöver seien. Dieser mit verdächtigem Nachdruck bekannt gegebene Zusatz beweist, daß die Eifersucht der Mächte über die Teilung des kleinasiatischen Kuchens noch lange nicht behoben ist.

*

Die neuesten Nachrichten aus Lissabon lassen erkennen, daß es sich bei der umstürzlerischen Bewegung diesmal um mehr als einen der dort nicht seltenen Militärputsche handelt. Ob die linksdemokratische revolutionäre Bewegung tatsächlich bis zur Ausrufung einer Räterregierung geführt hat, läßt sich noch nicht mit Sicherheit übersehen; dürfte aber auch gleichgültig sein, da eine Sowjetregierung in einem industriarmen Lande außerhalb der Hauptstadt kaum Bestand haben kann.

*

Das Bild des deutschen Außenhandels, das das statistische Reichsamt bekannt gibt, ist für den Juli noch trauriger als für den Juni, da die Einfuhr stärker gestiegen ist, namentlich in landwirtschaftlichen Produkten als die Ausfuhr. Die um fast 13 Milliarden gesteigerte Passivbeteiligung in der Zahlungsbilanz nicht mehr ausgeglichen werden, da Deutschland aus einem Gläubigerstaat ein Schuldnerstaat geworden ist und sich fast vollständigem Verlust der Handelsflotte auch keine Speditionsverdienste mehr hat.

*

In Hamburg ist ein Kaffeespeicher eingestürzt, weil seine fünf Stockwerke mit Kaffee überlastet waren, der überhastet noch vor Erhöhung des Goldzolles eingeführt worden war. Ob diese ungeheuren Mengen auch dem Publikum zu dem billigeren Preise angeboten worden wären?

*

Die gestrige Börse gab ein so wüstes Bild der Spekulationswut des Publikums, wie es selbst in unseren Tagen des Spielfiebers noch nicht erlebt worden ist. Das Erwachen aus dem Traume, daß die Papiere wie Jakobs Himmelsleiter immer höher steigen müssen, wird furchtbar sein und ganz unabsehbare Folgen für die deutsche Wirtschaft zeitigen.

*

Der Kellnerstreik in Berlin dauert nun schon in der vierten Woche an und hat eine neue Wendung dadurch erhalten, daß der Polizeipräsident trotz der Gewaltakte der Streikenden die Schutzpolizei zurückgezogen hat. Ob sich der sozialdemokratische Herr Richter bei Anordnung dieser Maßnahme bewußt gewesen ist, daß er damit Wilhelm II. kopiert, der bei dem großen Bergarbeiterstreik nach seinem Regierungsantritt die Grubenherren dadurch gefügig machen wollte, daß er mit Rückziehung des Militärs drohte?

Der Schweizer Bundesrat verurteilt den Vortbruch.

Bern, 25. Okt. Wie die Schweiz. Dep.-Ag. meldet, hat der Bundesrat einstimmig das Verhalten und den Vortbruch des Kaiser Karl verurteilt. An eine Rückkehr in die Schweiz sei nicht mehr zu denken.

Lloyd George über das habsburgische Abenteuer.

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die alliierten Regierungen sich der Wiedereinsetzung eines Mitgliedes der Dynastie Habsburg nach wie vor energisch widersetzen. Die ungarische Regierung habe mitgeteilt, daß sie dem Wunsche der alliierten Regierungen nachkomme und die notwendigen Schritte getan habe, um die Ausweisung Karls aus Ungarn sicherzustellen.

Sozialdemokraten und Unabhängige für Erhaltung der ungarischen Republik.

Vorwärts und Freiheit veröffentlichen eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von Österreich und der Tschecho-Slovakei. In dieser Erklärung verpflichten sich die genannten Parteien, zu ihrem Teil zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der republikanischen Staatsform mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln beizutragen. Die Parteileitungen sollen zur Abwehr der Wiedererrichtung der Dynastie Habsburg miteinander in Fühlung bleiben. Die Erklärung fordert die Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens zur Solidarität auf.

*

Schärfere Überwachung des deutschen Exkaisers.

Die „Times" berichten, daß angesichts des neuen Abenteuers des Kaisers Karl die englische Regierung einen Schritt bei der Regierung der Niederlande unternehmen werde, um auf eine schärfere Überwachung des ehemaligen deutschen Kaisers und des Kronprinzen zu dringen.

Die neuen Steuergesetzentwürfe vor dem Reichsrat.

Wesentliche Abänderungen beschlossen.

Zu dem Entwurf des Rennwettgesetzes hat Preußen den Ausschüssen des Reichsrats einen Gegenentwurf vorgelegt dahingehend, an Stelle Konzessionierung der Buchmacher eine Rennwettzentrale mit Annahmestellen über das ganze Reich errichten zu lassen. Der Betrieb soll durch die Rennvereine erfolgen. Das Reichsfinanzministerium hat sich gegen den preußischen Entwurf ausgesprochen. Die Reichsratsausschüsse haben sich mit Stimmenmehrheit für den preußischen Vorschlag ausgesprochen. In der Abstimmung der Vollversammlung des Reichsrats wurden die Ausschußbeschlüsse angenommen.

Zum Versicherungssteuergesetz hat die Mehrheit der Ausschüsse trotz Anerkennung gewisser Bedenken mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage eine erhöhte Besteuerung der Versicherung angenommen. Die Reichsratsausschüsse haben die Regierungsvorlage etwas abgeändert und für unbewegliche Gegenstände einen Satz von 15 ℳ und für bewegliche von 30 ℳ festgesetzt, womit die Regierung sich einverstanden erklärte.

Weiter haben die Ausschüsse die in der Regierungsvorlage vorgesehene Besteuerung der Hagelversicherung von 40 ℳ für 1000 ℳ auf 20 ℳ herabgesetzt, womit sich die Regierung ebenfalls einverstanden erklärte. Die neuen Steuersätze für Transportversicherungen werden von 4 Prozent auf 3 Prozent herabgesetzt und bei Rennwettversicherungen zugunsten der Kleinrentner, deren Versicherungsrente 5000 ℳ nicht übersteigt, eine Ermäßigung des Steuersatzes beschlossen. Für 500 ℳ jährliche Rente wurde völlige Steuerfreiheit gewährt.

Die Umsatzsteuer soll nach der Regierungsvorlage von 1½ auf 3 Prozent erhöht werden. Ein Antrag auf Herabsetzung der Steuer auf 2½ Prozent wurde im Plenum angenommen. Angenommen wurde im Ausschuß ein Antrag Sachsens, wonach eine Rückvergütung der Luxussteuer mit 10 Prozent stattfinden soll für Orchestrions und sonstige mechanische Musikinstrumente, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke gebraucht werden. — Das Kapitalverkehrssteuergesetz (Neuregelung der Börsensteuer) wurde vom Plenum des Reichsrats angenommen.

Die Vermögensgrenze haben die Ausschüsse von 50 000 ℳ auf 100 000 ℳ erhöht und bestimmt, daß diese 100 000 ℳ ein für allemal Steuerfrei bleiben. Der Steuertarif bewegt sich in den Sätzen von 1 bis 10 für das Tausend, wobei der Höchstsatz für Vermögen von mehr als 20 Millionen gilt. Für nichtphysische Personen beträgt der Steuersatz allgemein 1½ vom Tausend. Die Vorlage soll auch das Reichsnotopfer, soweit es nicht nach der Novelle vom 9. Dezember 1920 beschleunigt zu entrichten ist, durch einen Zuschlag zur Vermögenssteuer ersehen. Die Ausschüsse haben entsprechend der Anregung des Reichswirtschaftsrats die Zuschläge gestaffelt in der Weise, daß für die ersten 100 000 ℳ 100 Prozent, für die nächsten 150 000 ℳ 150 Prozent, für die nächsten 150 000 ℳ 200 Prozent und weiterhin 300 Prozent erhoben werden, während es für die nichtphysischen Personen bei 150 Prozent verbleibt. Ein Antrag Preußens, den Höchstsatz von 300 Prozent auf 200 Prozent zu ermäßigen, wurde in der Vollsitzung des Reichsrats mit 30 gegen 28 Stimmen angenommen. Die Reichsregierung behielt sich bezüglich des Prozentsatzes eine eigene Vorlage vor. Zum Reichsnotopfer wurde bestimmt, daß bei größeren Vermögen nicht zunächst ein Drittel des Notopfers, sondern 40 Prozent zu entrichten sein sollen. Was darüber hinaus bereits entrichtet ist, soll der Steuerpflichtige zurückerhalten.

Weiter beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Entwurf eines Gesetzes über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Bei den beweglichen Vermögen, besonders Kapitalvermögen, ist für die Besteuerung der Kursstand an folgenden drei Stichtagen maßgebend: 30. Juni 1919, 31. Dezember 1919 und 30. Juni 1920. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögenszuwachs von 200 000 ℳ. Die Steuer wird in acht Klassen erhoben und variiert zwischen 1 bis 50 vom Hundert. Der Entwurf wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig angenommen. Bei der Körperschaftssteuer wurde eine Verdoppelung auf 20 Prozent angenommen.

Der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes bringt eine grundlegende Änderung der bisherigen Besteuerung. In Zukunft soll die Steuer für kleine Kraträder je nach der Pferdestärke 50—350 ℳ betragen, während Personenkraftwagen in Staffeln von je 4 Pferdestärken mit 90—300 ℳ besteuert werden. Kraftomnibusse und Kraftlastwagen werden je nach ihrer Höhe, ihrem Eigengewicht mit einer Steuer von 300—2000 ℳ belegt. Der Ausschuß hat verschiedentlich die Sätze des Regierungsentwurfs erhöht. Lastkraftwagen mit elektrischem Antriebe genießen eine Steuerermäßigung von 50 Prozent. Von einer Besteuerung der Fahrzeuge ohne Motorantrieb hat der Ausschuß mit Rücksicht auf ihre örtliche Beschränktheit im Rahmen dieses Gesetzes abgesehen und ihre Besteuerung der Ländergesetzgebung überlassen unter der Bedingung, daß ihre Besteuerung den Ländern vom Reiche zur Pflicht gemacht wird. Ihr Ertrag wird auf rund 100 Millionen geschätzt.

Die Lage im Reiche

Kein mitteldeutscher Wirtschaftsverband.

Aus Dresden wird berichtet:

Der Anfang dieses Jahres in Weimar gegründete „Wirtschaftsverband Mitteldeutschland" sollte sich über den Freistaat Sachsen, die Provinz Sachsen und Thüringen erstrecken und hauptsächlich das Gebiet der mitteldeutschen Braunkohle umfassen. Von Anfang an machte sich jedoch ein Gegensatz zwischen der Provinz und dem Freistaat Sachsen bemerkbar. Jene wollten den Sitz des Verbandes nach Halle, dieser nach Leipzig gelegt sehen. In Ostsachsen stand man außerdem dem ganzen Plan skeptisch gegenüber, weil man der Meinung war, daß die neue Organisation nichts besseres schaffen könnte als die alten Organisationen der sächsischen Industrie, der Landwirtschaft und des Handels. Infolge dieser Gegensätze hat jetzt — wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz erfährt — die vorbereitende Stelle zur Gründung des Wirtschaftsverbandes den Beteiligten mitgeteilt, daß der Plan eines Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland aufgegeben worden sei.

Neuer Verkehrsstreik in Berlin?

Aus Berlin meldet WTB.:

Wenn nicht alles trügt, scheint Berlin wieder einmal am Vorabend eines Verkehrsstreiks zu stehen. Diesmal ist es das Personal der Hoch- und Untergrundbahn, das mit einer völligen Stillegung des Betriebes für Dienstag oder Mittwoch gedroht hat, wenn gewisse Lohnerhöhungen nicht bewilligt werden. Die Urabstimmung unter dem kaufmännischen und technischen Personal hat jedenfalls eine überwiegende Mehrheit für den Streik ergeben. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Streik auch Tatsache wird, da das Zahlpersonal der Hoch- und Untergrundbahn erst am Dienstag über seine Haltung in diesem Konflikt und über eine eventuelle Solidaritätserklärung schlüssig werden will. Für den Augenblick hat es sogar den Anschein, daß man sich noch eines besseren besinnt und daß eine Einigung mit der Direktion zustandekommt.

Auch die Autodroschkenkutscher tragen sich mit Streikgedanken. Sie fordern mit Rücksicht auf die allgemeine Verteuerung der Betriebe und Lebensmittel eine nicht unerhebliche Erhöhung der Taxe. Eine Versammlung will noch über die Einstellung des Autobetriebs in ganz Groß-Berlin Beschluß fassen.

„Drei Jahre nach Friedensschluß!"

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gegen die Politik der Gewalt.

Arbeitsminister Dr. Brauns sprach am Sonntag in einer Versammlung über das Thema „Drei Jahre nach Friedensschluß!" und führte unter anderem aus: Durch die verschiedenen Zwangsmaßnahmen der Entente gegen das politisch verein[illegible] und unterlegene Deutschland und besonders durch das Diktat von Genf über Oberschlesien ist eine ganz neue Lage geschaffen. Das deutsche Volk sei sich darüber einig, daß hier wieder einmal Gewalt vor Recht gegangen ist. Und wir werden nie aufhören, gegen diesen Beschluß anzukämpfen, den das deutsche Volk als eine schwere Vergewaltigung empfindet. Wir bedauern nur das oberschlesische Volk, das sich gegen seinen Willen eine solche Handlung gefallen lassen muß. Die Grenzführung ist offensichtlich unter französischer Einwirkung zugunsten Polens durchgeführt worden. Die ganze Art der Grenzführung beweist ja klar und unwiderleglich, daß hierbei lediglich politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind. Das oberschlesische Volk aber wird eine solche Entscheidung nie und nimmer anerkennen. Es wurden zwei Entschließungen angenommen. In der einen wird zum Ausdruck gebracht, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in dem Genfer Fehlspruch eine Mißachtung der wenigen dem deutschen Volke zuerkannten Rechte aus dem Versailler Friedensvertrag und eine Vergewaltigung des Willens der oberschlesischen Bevölkerung, mit dem deutschen Volke im vollen politischen und politischer Einheit stets zusammen zu leben, erblicken. In der zweiten Entschließung erwartet die Versammlung von allen verantwortlichen Stellen ein energisches Eingreifen gegen das das besetzte Gebiet treffenden wirtschaftlichen Ausverkauf und die ungehende Wiedereinräumung der durch die Sanktionen den deutschen Behörden genommenen Rechte der Grenzkontrolle.

Die Kartoffelfrage in Sachsen.

Dresden, 25. Okt. Um den herrschenden Kartoffelpreistreiberei ein entgegenzutreten, hat das sächsische Wirtschaftsministerium beim Reichsernährungsminister die Genehmigung zum Erlaß eines Kartoffelausfuhrverbotes beantragt und zugleich ersucht, überschußländern, die darauf etwa auch Ausfuhrverbote beantragen wollen, die Genehmigung dazu zu versagen. Weiter hat Sachsen den Reichsernährungsminister ersucht, zu veranlassen, daß im ganzen Reiche Händlern, die den Landwirten unannehmbare hohe Preise bieten oder zahlen, sofort der Handel mit Kartoffeln untersagt wird. Den sächsischen Staatsgütern ist der Verkauf von Kartoffeln nach Gebieten außerhalb Sachsens verboten und Anweisung gegeben worden, daß sie möglichst an Genossenschaften und nur zu den von der Kartoffelpreisnotierungskommission festgesetzten Preisen verkaufen dürfen. Das Recht, Zwangsmaßnahmen zugunsten der Käufer zu treffen, steht dem sächsischen Wirtschaftsministerium nicht zu.

Der Fehlbetrag Preußens.

Berlin, 25. Okt. Wie der preußische Finanzminister im Haushaltausschuß des Landtages ausführte, muß mit einem zunimaßlichen Fehlbetrag von 802 Millionen Mark gerechnet werden, der sich auf insgesamt 2795,2 Millionen Mark erhöhe, falls die in den Haushalt eingestellten Erstattungen des Reiches in Höhe von 1993,2 Millionen bis zum Jahresschluß nicht eingehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211025-13/fragment/page=0005

Sich selbst getreu.

Roman von Gerhard von Amyntor.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Eine verlockende Aussicht, mein gnädiges Fräulein", versetzte William Tell, „aber Sie ahnen nicht, was auf die Schultern eines so armen Hilfsarbeiters in einem Ministerium alles abgeladen wird; ich muß heute wirklich bei Zeiten wieder zu Hause sein; mich erwarten ganze Berge von Akten."

„Sagen Sie, Herr Assessor", fragt Ellen mit schalkhaftem Blicke, „Sie sind wohl schrecklich ehrgeizig?"

„Warum das?"

„Weil Sie sich so quälen und abarbeiten; Sie wollen gewiß einmal ein Ministerportefeuille erobern."

Tell lächelt: „Ich tue nur meine Schuldigkeit als gewissenhafter Beamter und Staatsdiener. Wer in seiner Wiege kein Rittergut gefunden hat, der muß sich tüchtig placken, wenn er in dem Konkurrenzgetümmel des Lebenskampfes nicht erliegen und die Füße der erfolgreichen Mitbewerber nicht über sich hinwegschreiten sehen will."

„Sie machen mir gar nicht den Eindruck, als ob Sie sich so leicht zu Boden werfen ließen", sagt das junge Mädchen, das mit froher Bewunderung an dem hohen, kräftigen, breitschultrigen Manne emporsieht.

„Ich wehre mich auch meiner Haut; aber für einen unbemittelten Beamten ohne Gönner und Schirmherrn heißt es: arbeiten und arbeiten und immer wieder arbeiten."

„Was beweise ich Sie, daß Sie mit starker Hand Ihr eigenes Geschick schmieden dürfen! Es muß eine hohe Lust sein, bei jedem Hammerschlage, den man auf das spröde Eisen des Schicksals tut, zu denken: Das tue ich für mich! Wir armen Mädchen!"

Jetzt lachte Tell belustigt auf: „Wir armen Mädchen? Ei, mein gnädiges Fräulein, so sollte die Frein Brant von Giesdorf nicht sprechen; das steht ja wie Hohn auf alle minder bevorzugten Mitschwestern! Sie, die Tochter eines Majoratsbesitzers. . . ."

„Sie nennen das Ding beim richtigen Namen: die Tochter eines Majoratsbesitzers hat alle Ursache, bescheiden zu sein. Nach menschlicher Voraussicht wird einst mein lieber Bruder Walther hier herrschen, und wenn dann seine Schwester noch lebt, wird sie froh sein, wenn sie ihm als alte Jungfer die Wirtschaft wird führen dürfen."

„Wer weiß? Das hängt ja in erster Linie gar nicht von mir ab."

„Aber in zweiter?"

„Allerdings. Wenn jemand so töricht wäre, mich zu begehren, dann hätte ich in zweiter Linie doch zu entscheiden, ob ich ihm angehören wollte."

„Und Sie würden Nein sagen?" Diese Frage kommt etwas ängstlich über die Lippen des Assessors, und er fühlt zu seiner geheimen Verwunderung, wie ihm die Stimme ein wenig zittern will.

Ellen sacht munter: „Das kann ich doch vorher noch nicht entscheiden; erst müßte ich doch wissen, wer der Begehrende ist und wie er aussieht."

„Ich glaube wahrhaftig, die Herrschaften sprechen vom Heiraten", platzt frohgemut der Premierleutnant von Tollen dazwischen, der Ellens letzte Äußerung aufgeschnappt hat.

Unbefangen sieht ihm die Tochter des Hauses ins Angesicht und erwidert: „Gewiß, Herr von Tellen, was meinen Sie dazu? Darf man die Frage aufwerfen, ob ein Mädchen, dem ein Antrag gestellt wird, Ja sagen werde?"

„Warum nicht?"

„Weil es doch darauf ankommt, wer den Antrag stellt."

„Ich glaube, das ist ganz egal", versichert Tollen in seiner neckischen Weise; „wenn der Bewerber nicht geradezu ein Quasimodo oder ein Idiot ist, dann wird er genommen."

„Pfui, Herr von Tollen!" ruft Ellen in komischem Abscheu. Sie sehen also voraus, daß jedes Mädchen sich nach den Ehefesseln sehnt, gleichviel, wer ihr auferlegen will?"

„Das ist vollkommen meine Ansicht: jedes normale Mädchen will durchaus heiraten und kann sie Herrn A., den sie vielleicht bevorzugen würde, nicht bekommen, dann tröstet sie sich schnell mit Herrn B. oder C."

„Das sind ja recht erbauliche Ansichten, die Sie vom weiblichen Geschlechte haben!" bemerkt freundlich drohend Frau Klara, die mit den anderen Herren nun auch näher kommt; „jetzt begreife ich Ihre hartnäckige Junggesellenschaft, Herr von Tollen; aber Sie irren sich; es gibt manche junge Dame, die ledig bleibt, nicht weil sie nicht begehrt wurde, sondern weil sie andererseits nach der Ergänzung durch das „stärkere" Geschlecht kein Verlangen trägt."

„Mit Verlaub, meine gnädigste Frau", wendet Tollen unbeirrt ein, „das stimmt nicht ganz. Sie kennen doch die Geschichte von den Windbeuteln? Nicht? Nun, dann hören Sie. Ein reeller Heiratskandidat fordert in den Zeitungen diejenige junge Dame, die auf sein Gesuch reflektieren sollte, auf, in einer bestimmten Konditorei zu einer bestimmten Stunde erscheinen zu wollen. Das Erkennungszeichen für ihn sollte die junge Dame durch das Verspeisen eines Windbeutels geben. Was geschah? Zur festgesetzten Stunde waren die Säle der Konditorei von Dämchen aller Altersstufen überfüllt und jedes dieser Dämchen verzehrte einen Windbeutel, so daß der schlaue Konditor, der das Heiratsgesuch selbst verfaßt hatte, alle seine in den letzten Tagen altbacken gewordenen Windbeutel zum vollen Preise glücklich an den Mann, richtiger an das Mädchen, brachte. Was sagen Sie dazu, gnädige Frau? Ist das nicht schlagend?" Und er kicherte höchst belustigt über seinen eigenen Scherz.

„Sollte das Alter dieser Geschichte nicht das der Windbeutel haben?" fragte der Maler, und er trifft boshaft sein linkes Auge ein wenig zu. „Nichts für ungut, Herr von Tollen; Sie haben uns sonst immer viel neuere Anekdoten zum besten gegeben."

„Sie unverbesserlicher Spötter und Hagestolz!" rief der Hausherr und klopfte dem Premierleutnant auf die Schulter, „geben Sie meiner Frau den Arm und führen Sie sie zu Tische. Wir müssen zeitiger als sonst zu Abend essen, wenn Ihr Herren durchaus schon wieder um neun Uhr an der Bahn sein wollt."

An der Tafel herrschte, wie immer in diesem Kreise, eine zwangslose und sehr fröhliche Stimmung. Der Assessor saß zur Rechten der Hausfrau und hatte seinerseits Fräulein Ellen zu Tische geführt. Brank saß seiner Gattin gegenüber zwischen dem Pfarrer, der das Tischgebet gesprochen hatte, und dem Maler, der hier in Giesdorf hartnäckig das Prädikat „Professor" erhielt. Die beiden jüngeren Ulanenoffiziere flankierten die beiden Branschen Nachbarn. Es wurde deutscher Schaumwein getrunken; die Damen tranken diesen Wein und Tollen erklärte ihn für das allzeit angenehmste Tafelgetränk, da man, wie er sich ausdrückte, von diesem Zeuge die unglaublichsten Mengen ohne jeden Nachteil für seine Repräsentationsfähigkeit vertilgen könne.

Brank berichtete dem Herrn von Gotenberg, der als großer Pferdekenner und Pferdearzt galt, daß seine Betty, die er erst vor vier Wochen im Tatterfall gekauft hätte, schon auf drei Beinen stände; es schiene ihm fast eine unheilbare Lahmheit.

„Werde mir nachher das Tierchen ansehen", erklärte Gotenberg, „will nicht hoffen, daß Sie so reingefallen sind."

„Aber Kurt", schmollte die Hausfrau, „du wirst mir meine Gäste doch nicht in den Stall entführen? Mein Mann ist unverbesserlich", wandte sie sich an den Professor; „sobald er Herrn von Gotenberg nur erwischt, wird das Thema der Pferde verhandelt."

„Nur zu erklärlich", erwidert Tell, „denn Herr von Gotenberg sieht die Pferde als Künstler."

(Fortsetzung folgt.)

Hohenzollern!
Morgen Schlachtefest

Selbst geräuchert. Flußaal
empfiehlt
H. Birnstiel Nchf., Fischerstr. 15

Empfehle:
pa. Bockfleisch
a Pfd. 10 Mk., frische
Rindskaldaunen
a Pfd. 5 Mk.
Paul Wiebe,
Fleischermeister.

Weiß- und Rotkohl
zum Eindecken eingetroffen
Gemüsebau Rischmühle.

Knorr Hafermehl hat reichen Gehalt an Eiweiß und blutbildenden Nährsalzen und ist **wohlschmeckend und nahrhaft**

Neue Drehstrom-Motoren
in friedensmäßiger Ausführung 220—380 Volt.
Elektrische Bügeleisen, Koch-, Heizapparate und Beleuchtungs-Körper,
1 Jahr Garantie. :—: Prompteste Lieferung.
Ausführung elektr. Licht-, Kraft-, Telephon- und Signal-Anlagen.
Stefan Kruk Elektrotechnisches Installationsbüro
— — Hallesche Straße 36. — —

Nappa-, Wildleder-, Trikot-
Handschuhe auch gefüttert
Lodenhaus Franz **Hildebrandt**
Merseburg. — Kl. Ritterstr. 13.

In Weiß- und Rotkohl, Wirsing-, Blumenkohl, Grünkohl, Kohlrabi, Möhren, gelbe und rote, Tomaten,
a Pfd. 1 Mk. Ztr. 80 Mk.
Gemüsebau Rischmühle.

Die millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhkreme
Diamantine
in bester Friedensqualität wieder erhältlich.
Man verlange Dosen mit eingeleimtem Zettel „Friedensware"
Hersteller **Rud. Starcke** Melle I/H.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 80 — Dienstag, den 25. Oktober — 1921

Für die Opfer von Oppau!

Eine Katastrophe, wie sie in Deutschland noch nicht erlebt wurde, hat in der bayerischen Rheinpfalz Tausende von Menschenleben vernichtet, Tausende obdachlos gemacht und unermeßliche Sachschäden verursacht. Welche Folgen nicht unmittelbar der Explosion selbst, sondern der Explosionsgefahr folgen mögen, vermag heute noch niemand zu sagen. Bereits ist schon jetzt ersichtlich: Maßnahmen und Anordnungen sind notwendig, um ausreichende Hilfe zu bringen. Über 1000 Tote und Schwerverwundete sind neben zahlreichen Leichtverletzten das Opfer der Explosion geworden.

Kann auch den Kindern und Frauen, die das Schicksal zu Witwen und Waisen gemacht hat, der Ernährer nicht wiedergegeben werden, so muß doch alles getan werden, um wenigstens das Leben der Ueberlebenden zu erhalten und ihnen wenigstens die Mittel und Wege zu finden, um rasche und möglichst nachhaltige Hilfe zu gewähren.

Ungeheure Summen aber bis die Wiederherstellung des betroffenen Werks und seiner Arbeitsfähigkeit im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung. Die Gesamtheit muß deshalb auch die Mittel für diese höchstpersönliche Aufgabe. Darüber hinaus aber werden große Beträge zur Bezahlung der verschiedenen gearteten Ansprüche erforderlich sein. Bereits sind von öffentlichen und privaten Stellen umfangreiche Summen zur Verfügung gestellt und Maßnahmen zur einheitlichen bringlichsten Hilfe getroffen. Gott oder Mittel und hinlängliche Hilfe gewährt werden, so gilt es, weiter große Mittel aufzubringen.

Die Unterzeichneten richten deshalb an das gesamte deutsche Volk in Stadt und Land die Bitte:

Gebt rasch und geht reichlich für die Opfer des Oppauer Unglücks!

Ueber die eingehenden Beträge verfügt der unterzeichnete Reichspräsident, die Summen werden in der Reichshauptkasse verwaltet und nach Anweisungen der betroffenen Länder, in denen alle Beteiligten, auch die Vertreter der Geschädigten, mitarbeiten.

Spenden nehmen entgegen: Die Reichsbank, sämtliche Banken, Bankiers und sämtliche Postscheckämter Nr. 15000, Frankfurt a. M. Nr. 5.000 und Berlin Nr. 111 000 (Reichspräsident, Hilfsaktion Oppau), Bayerische Staatsbank, Bayerischer Ministerpräsident, Bayerischer Staatspräsident, Württ. Staatspräsident, Württ. Finanzminister, Badischer Staats- und Finanzpräsident, Dr. Wirth, Reichskanzler, Geßler, Präsident des Deutschen Reichstages.

Der Reichspräsidentschaftsrat für Oppau.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Der preußische Minister für Volkswohlfahrt Steigerwald, Der bayerische Staatsminister für soziale Fürsorge Oswald, Der badische Arbeitsminister Dr. Engler, Der Präsident des Deutschen Landes-Arbeits- und Wirtschaftsamts Naab, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, Zentralverband der Angestellten, Bundesvorstand des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gildebund, Deutsches Rotes Kreuz, Gewerkschaftsring der Angestellt., Arbeiter- und Beamtenverbände, Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband der Gemeinden Deutschlands, Reichsverband der deutschen Industrie, Reichsverband der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen Presse, Reichsverband des deutschen Handwerks, Zentralverband des deutschen Großhandels, Zentralvorstandsstelle der deutschen Juden, Geschäftsstelle des Reichsfinanzhofes für Oppau: Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, Zimmer 279, Fernsprecher Norden 2831 II.

Die nach Bundesratsverordnung vom 15. 2. 1917 erforderliche Sammlungsgenehmigung ist in allen Ländern erteilt.

Vorsitzender:
Merseburg, den 15. Oktober 1921.
P. I. 5499/21. **Die Polizeiverwaltung.**

Ausgabe der Brotmarken

findet im alten Rathaus, Burgstraße 1, vormittags von 7—12½ Uhr, und nachmittags von 3—5 Uhr, wie folgt statt:

Donnerstag, den 27. Oktober 1921, für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben von A. bis einschließlich J.

Freitag, den 28. Oktober 1921, für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben von K bis einschließlich P.

Sonnabend, den 29. Oktober 1921, für die übrigen Straßen.

Abgabe nur an Erwachsene des Haushalts gegen Vorlegung des Lebensmittelbuches. Nachträglich werden Marken nur gegen Zahlung von 5) Pfg. verabfolgt.

Ersatzkartenmarken werden an vorstehenden Tagen nachmittags ausgegeben.

Merseburg, den 24. Oktober 1921.

L. A. 1185/21. **Der Magistrat.**

Schulbeiträge für die gewerbl. und kaufmännische Fortbildungsschule.

Wir bringen wiederholt zur öffentlichen Kenntnis, daß die Beiträge der Arbeitgeber betragen:

a) gewerbliche Fortbildungsschule:

für Schüler, die von gewerbeaufsichtlich oder in Gewerbeaufsichtsklasse IV beschäftigten Arbeitgebern beschäftigt sind . . . . . je 30 Mk. jährl.
für Schüler anderer Arbeitgeber . . . . . je 130 Mk. jährl.

b) kaufmännische Fortbildungsschule:

für Schüler, die von gewerbeaufsichtlich oder in Gewerbeaufsichtsklasse IV beschäftigten Arbeitgebern beschäftigt sind . . . . . je 80 Mk. jährl.
für Schüler anderer Arbeitgeber . . . . . je 160 Mk. jährl.

Eine persönliche Benachrichtigung der Arbeitgeber erfolgt, wie in den früheren Jahren, nicht.

Die Beiträge sind für die Zeit vom 1. April bis Ende September d. J. noch rückständig und ersuchen wir nachmals um deren nunmehrige Abführung bis zum 5. November. Nach Ablauf dieser Frist müssen die Beiträge im kostenpflichtigen Zwangsverfahren beigetrieben werden.

Merseburg, den 24. Oktober 1921.

Der Magistrat.

VI. 1077/21. **Vorstand der gewerbl. und kaufm. Fortbildungsschule.**

Betrifft: Viehanzeigen und Schlußscheine.

Durch Revision der Fleischstelle beim Herrn Oberpräsidenten in Magdeburg ist festgestellt worden, daß die Fleischer des Stadtkreises es vielfach unterlassen, bei Viehankäufen die nach § 8 der Verordnung vom 19. September 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1655) vorgeschriebene Anzeigepflicht zu erfüllen. Wir weisen daraufhin, daß Anzeige, die nicht bis zur festgesetzten Frist eingereicht werden, nicht rechtzeitig bis zum Beginn des Jahres 1922 erstattet werden können und daß die Fleischer, die unbeglaubigten und Sammelkarte für das Jahr 1922 einzureichen.

Wir weisen darauf hin, daß Anzeige, die nicht bis zur festgesetzten Frist eingereicht werden, nicht rechtzeitig bis zum Beginn des Jahres 1922 erstattet werden können und daß die Fleischer, die unbeglaubigten und Sammelkarten, Anzeige und Schlußschein, und trotzdem Vieh ankaufen, unnachsichtlich zur Anzeige gebracht werden.

Merseburg, den 24. Oktober 1921.

P. III 300/21. **Die Polizeiverwaltung.**

Druck und Verlag der Firma T. & H. Nöbner in Merseburg.

Ein Mantel
für Knaben von 8—10 Jahr zu verkaufen
Hallesche Str. 35, 2 Tr.

Eleg. Frackanzug
zu verkaufen. Zu erfr. im Geschäft Markt 23.

Verkauf:
2 große, eiserne Oefen,
1 Kachelkochherd,
1 großer, eiserner Restaurationsherd (im früheren Schultheiß - Restaurant Burgstraße 21) zu verk.
Angeb. an den Baumstr. Fahro zu Halle a/S. L. Wuchererstraße 5.

Zu verkaufen:
Ein Schuppen, ein Hühnerstall (zerlegb., diebessicher), ein großes eisernes Fenster, Taubenhöhlen, Legekisten f. Hühner, Holztüren, ein Vogelbauer, ein Paar Langstiefel, ein Soldatenrock.
Fabel, Gartenstr. 15, pt.

Neue Brett- und Drahtnägel
zu verk. Fährendorf 8.

Kinderstaupstühlchen und Samtmäntelchen
(für 2 jähriges Kind) sind billig zu verkaufen
Breite Str. 16, III. Etg.

Umzugshalber
ein Bett mit Matratze, ein Kleiderschrank, 2 Stühle, 2 Tischchen und 10 Ztr. Koks zu verkaufen
Neu-Nössen, Mittelstr. 16 II

Ein auterhaltenes
Piano
kräftig im Ton, zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp.

Gute alte Geige
mit Kasten u. Notenständer preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Fuhre Dünger
gegen Stroh abzugeben
Vormerk 10.

Große u. kleine Hühner
z. verk. Zu erfr. i. d. Exp.

4 kräft. junge Hähnchen zu verkaufen
Gartenbaubetrieb Flora
Clobikauer Straße 14.

Zwei Schweine
je zirka 1 Zentner, verkauft
Ober-Altenburg 17, 1 Tr.

Ein großes Futterschwein
zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein zugfester Esel mit Wagen
steht zum Verkauf
Frankleben Nr. 15.

Brauner Wallach
mittlerer Schlag, 7 Jahr, Sattelpferd, verkauft wegen Nachzucht
P. Schöner, Großcorbetha.

Quittungs - Bücher
für Miete Zinsen Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211025-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Postbestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Nachvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zeitweilig erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 250 — Dienstag den 25. Oktober 1921 — 48. Jahrg.

Der Rechtsbruch an Oberschlesien.

Denkschrift der demokratischen Reichstagsfraktion über die rechtliche Seite der Entente-Note betr. Oberschlesien.

Die Deutsch-demokratische Fraktion ist der Meinung, daß sich die hier beteiligten Großmächte ihrer vollen Verantwortung für die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober in der oberschlesischen Frage nicht durch den Hinweis auf das Gutachten des Völkerbundsrates entschlagen können. Noch dem Friedensvertrag sind die Mächte selbst zur Entscheidung berufen. Sie hatten nicht das Recht, diese Entscheidung auf ein anderes Organ zu übertragen und haben dies selbst dadurch anerkannt, daß sie lediglich ein Gutachten des Völkerbundsrates erbaten. Wenn freilich schon der Oberste Rat zum Ausdruck gebracht wurde, daß man dieses Gutachten auf jeden Fall annehmen würde, so lag darin schon eine Entfernung von den Vorschriften des Friedensvertrages.

Schon die Zusammensetzung des Völkerbundsrates schloß eine völlig unparteiliche, lediglich aus der Natur der Sache zu schöpfende Entscheidung aus. Denn es sollte die Unabhängigkeit der Mitglieder des Völkerbundsrates von ihren heimischen Regierungen, und wenn auch die Ausarbeitung den Vertretern von Staaten übertragen wurde, die bisher im Konflikt nach nicht Stellung genommen hatten, so beweisen doch Äußerungen, wie z. B. von Leon Bourgeois, daß die Hauptmächte der Entente in ständiger Fühlung mit jenen ihrer Staaten vertreten gewesen sind. Daraus würde sich die Verantwortung der Ententestaaten für die Entscheidung sogar in dem Falle ergeben, daß nach dem Friedensvertrag von Anfang an der Völkerbundsrat das berufene Organ zur Entscheidung gewesen wäre.

In den Augen unserer Fraktion bedeutet die Entscheidung vom 20. Oktober eine offensichtliche Verletzung des Friedensvertrages.

Wenn schon die Entente bei ihrer Entscheidung trotz gewichtiger entgegenstehender Gründe von der Möglichkeit einer Teilung ausgehen wollte, so widerspricht auch die Überweisung großer geschlossener, seit rein deutscher Städte, von Kulturzentren des Landes, an die politische Staatshoheit unzweifelhaft dem Geiste der Bestimmungen über das Plebiszit. Dazu kommt: es war im Friedensvertrag ausdrücklich bestimmt worden, daß die politische Grenze unter Berücksichtigung nicht nur der geographischen, sondern auch der wirtschaftlichen Verhältnisse gezogen werden müsse. Weder der Völkerbundsrat und die Botschafterkonferenz ist, ist das entgegenstehende Verfahren. Sie haben eine politische Grenze in vollem Bewußtsein der unseligen wirtschaftlichen Folgen; für die ersten fünfzehn Jahre versuchten sie dann, diese einigermaßen durch ein Wirtschaftsabkommen abzumachen. Die ausdrückliche Zusage der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Grenzziehung selbst ist also nicht eingehalten worden. Nicht ohne Grund hat der Völkerbundsrat seine Vorschläge über die wirtschaftliche Regelung lediglich als Empfehlungen gegeben: offensichtlich war er sich hierbei darüber klar, daß es sich für das gesamte Abstimmungsgebiet oder doch seine industriellen Teile, auch soweit das Gebiet bei Deutschland verbleibt, um wesentliche Einschränkungen der deutschen staatlichen Souveränität handelt. Mögen solche Einschränkungen auf dem Gebiete der Eisenbahn, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, des Geldwesens, Zollwesens usw. ihren Zweck zum Nutzen des Wirtschaftslebens erfüllen können oder nicht, so bedeuten sie doch auf jeden Fall weitgehende Beschränkungen der deutschen Staatsgewalt auf dem ihr verbleibenden Gebiete, von denen im Friedensvertrag keine Rede ist. Auch der Artikel 92, letzter Absatz, bietet hierfür keine ausreichende Grundlage. Denn nach seinem Inhalt ist hier offenbar nur an untergeordnete Fragen gedacht, wie sie sich regelmäßig aus Gebietsabtretungen ergeben, während es sich hier um eine Wirtschaftsgemeinschaft eines zwischen mehreren Staaten geteilten Gebietes handelt, für die jede Analogie im Völkerrechte fehlt. Aber selbst wenn man die Auslegung des Artikels 92 noch so weit erstrecken wollte, so ist dort von Abmachungen die Rede, die die Parteien selbst zu treffen haben, deren Inhalt also ihrer freien Bestimmung unterliegt. Deshalb eben spricht der Völkerbundsrat also nur von „Empfehlungen".

Ganz anders die „Entscheidung" der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921. Schon in der zweiten Zeile der Note wird der Text eine Entscheidung genannt; um allen Zweifeln zu begegnen, wird im dritten Satz die „Entscheidung" ausdrücklich als „einheitliches Ganzes" bezeichnet, dem die Mächte in seinen verschiedenen Teilen Geltung zu verschaffen seit entschlossen sind. Für den Fall der Weigerung Deutschlands, diese Entscheidung anzunehmen (accepter), werden Zwangsmaßnahmen in Aussicht gestellt. Nur Zeile 2 des Textes wird nach der Präambel das Ganze mit dem Worte „Decident" überschrieben. Danach kann nicht der geringste Zweifel sein, daß die Mächte abermals ein Diktat beabsichtigen, für das die Rechtsgrundlage fehlt.

Was besonders die Maßnahmen betrifft, die nach der Note „die Fortdauer des Wirtschaftslebens wie den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien gewährleisten sollen, so verlangt Ziffer 2 des Textes, daß die deutsche und die polnische Regierung ein Abkommen treffen „à l'effet de consacrer les Dispositions suivantes". Das kann nur bedeuten, daß diese „folgenden Bestimmungen" die unverrückbare Grundlage für das Abkommen bilden und Deutschland und Polen ganz an diese gebunden sein sollen, ähnlich wie ein Einzelstaat des Reiches bei Ausführung eines vom Reich erlassenen Rahmengesetzes an dieses gebunden ist.

Nach Ansicht der Fraktion ist es völlig unmöglich, irgend eine Entschließung von seiten des Reiches zu fassen, die so ausgelegt werden könnte, als wenn das Reich in vertragsmäßiger Form diese Entscheidung als zu Recht bestehend anerkennen wollte. Es ergibt sich aus dem dritten Absatz der Note allerdings nicht mit voller Deutlichkeit, ob in der Androhung von Zwangsmaßnahmen für den Fall, daß Deutschland sich „weigern sollte, die Entscheidung (zu) akzeptieren" einem Teile anzunehmen", die Forderung einer Annahmeerklärung Deutschlands enthalten ist. Aber auch für den Fall, daß eine solche Annahmeerklärung nicht gefordert wird, glaubt die Fraktion, auf die ernste Gefahr hinweisen zu müssen, daß schon aus der bloßen Erneunung eines Kommissars zur weiteren Verhandlung nach Artikel 2 der Anlage eine Annahme der gesamten Bestimmungen, und zwar sowohl der wirtschaftlichen Bestimmungen wie der in gewissem Sinne durch sie getragenen Bestimmungen über die politische Grenzziehung, die zahlreiche Staatsbürger deutscher Nationalität der polnischen Staatshoheit überweist, gefolgert werden könnte. Eine solche Auslegung wäre rechtlich, sittlich und geschichtlich den fremden Völkern wie dem eigenen Volke gegenüber unerträglich. Wenn überhaupt ein Kommissar ernannt werden sollte, so müsse zunächst unter allen Umständen klar zum Ausdruck gebracht werden, daß dem Diktat der Entente die Rechtsgrundlage fehlt und Deutschland nur der Gewalt weiche.

Bedeutsam erscheint der Fraktion dabei noch folgender Gesichtspunkt: die Note ist seltsamerweise also übermittelung oder Mitteilung bezeichnet; vielleicht geschah das in Erkenntnis des Mangels einer rechtlichen Grundlage. Dieses Fehlen amtlichen Charakters der Mitteilung würde aber sofort geheilt werden, wenn auf Grund der Mitteilung die deutsche Reichsregierung einen Kommissar, wie verlangt, amtlich bestimmen würde. Demgegenüber hat Deutschland das größte Interesse, daß der Diktatwille des Gegners sich als solcher selbst offen kundtut und daß nicht die verschleierte Form einer privaten Mitteilung für ihn gewählt wird und noch weniger, daß auf solchem Wege das Deutsche Reich den Diktatwillen der Entente selbst zum Inhalt einer vertraglichen Abmachung gestaltet. Auf keinen Fall darf aber, wenn ein Kommissar entsandt werden soll, es scheinen, als ob die Reichsregierung damit den Diktatwillen vertragsich anerkennen und zum Gegenstand einer Vereinbarung machen würde. Die deutsche Reichsregierung muß gegen die Gesamtentscheidung feierliche Rechtsverwahrung einlegen. Diese Rechtsverwahrung mag in einem besonderen Akte durch eine eigene Note erfolgen; jedenfalls aber muß auch in der Folge vermieden werden, daß sie durch die Art der Abordnung des Kommissars und durch dessen Verhandlungen, wenn diese gemäß dem Artikel 3 erfolgen sollen in ihrer Bedeutung aufgehoben wird und Erneunung und Verhandlung als eine konkludente Handlung dem Protest Deutschlands seine Rechtsbedeutung nähme. Dieser Protest muß vielmehr auch dann, wenn man sich, um schlimmeres Unheil zu verhüten, zur Ernennung eines Kommissars und zu Verhandlungen über die Ausführung des Diktats entschließen sollte, seine geschichtliche und moralische Bedeutung behalten.

*

Die Entschließung der Demokraten.

Die Deutsche demokratische Fraktion sieht in der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 eine Verletzung des Friedensvertrages:

wegen der offenkundigen Vergewaltigung einer überwiegenden deutschen Mehrheit im ganzen und geschlossener deutscher Mehrheiten in den wichtigsten von der Abtrennung betroffenen Gebieten;

wegen der Mißachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die gemäß dem Friedensvertrag neben den geographischen Verhältnissen bei der Grenzziehung hätten berücksichtigt werden müssen;

wegen der Zumutung an Deutschland, auch für die bei Deutschland verbleibenden Gebiete wirtschaftliche Bestimmungen mit Polen zu vereinbaren, deren Inhalt Deutschland in allem wesentlichen vorgeschrieben wird und Deutschland in seiner Staatshoheit empfindlich beeinträchtigt.

Die Fraktion hält die getroffene Entscheidung nicht bloß politisch und kulturell, sondern auch wirtschaftlich für unheilvoll für die betroffenen Gebiete, für Deutschland und die Weltwirtschaft; sie hält die uns vorgeschriebenen wirtschaftlichen Bestimmungen für ungeeignet, die schweren Schäden der willkürlichen Zerreißung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes auszugleichen.

Nach Ansicht der Fraktion muß daher alles vermieden werden, was als eine Annahme dieser willkürlichen und schädlichen Gesamtentscheidung (vergleiche den Ausdruck „accepter" der Note) oder als vertragliche Bestätigung ihres Artikels II („consacrer") erscheinen könnte und geeignet wäre, das Wesen der Entscheidung als eines einseitigen Diktats zu verdunkeln. Die Fraktion hält daher eine feierliche Rechtsverwahrung der deutschen Reichsregierung gegenüber der Entscheidung vom 20. Oktober für notwendig.

Da Deutschland weder die Macht noch die Mittel hat, dieses Diktat abzuwehren, erhebt sich die Frage, ob Deutschland sich an Verhandlungen über einzelne Bestimmungen durch Vertreter seiner Interessen beteiligen soll. Dies könnte, wenn überhaupt, nur dann geschehen, wenn Vorsorge getroffen wird, daß hierdurch der Diktatscharakter der Entscheidung nicht verwischt wird und die deutsche Rechtsverwahrung aufrechterhalten bleibt.

*

Die neue Kabinettsbildung.

Das Ergebnis der Beratungen ist heute zu erwarten!

Berlin, 25. Okt. Der Reichspräsident hatte gestern nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei über die Frage der Bildung einer Koalition dieser Parteien. — In den mehrstündigen Verhandlungen ergab sich in der oberschlesischen Frage die Aussicht einer Verständigung, während in Sachen der inneren Politik noch Schwierigkeiten bestehen. Die Fraktionsvorsitzenden erklärten, aber das Ergebnis dieser Besprechungen zunächst mit ihren Fraktionen verhandeln zu müssen. Die Besprechung beim Reichspräsidenten wird heute fortgesetzt. Ein Ergebnis ist im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Dr. Mirth wieder Reichskanzler?

Berlin, 25. Okt. Über die gestrigen Besprechungen des interfraktionellen Ausschusses beim Reichspräsidenten weiß die „Voss. Ztg." mitzuteilen, daß alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie von dem Bestreben geleitet waren, eine möglichst geschlossene Front herzustellen. Es sei eine formulierte Erklärung vorläufig vereinbart worden, die die Rechtsverwahrung Deutschlands gegen die ungerechte und willkürliche Entscheidung in Oberschlesien in schärfster Form zum Ausdruck bringt, aber die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zuläßt. Diese Formel wird heute den Fraktionen unterbreitet werden. Bei der Erörterung eines gemeinsamen innerpolitischen Regierungsprogramms hätten sich erhebliche Gegensätze nur in der Steuerfrage ergeben. Über eine mittlere Linie habe man sich nicht einigen können. Forderungen der einzelnen [illegible] und ihnen die Entsp[illegible] verschiedenen Umstände[illegible] scheint erneut Dr. Mirth [illegible] zu beauftragen werden.

Amerika für die Regierung Wirth.

London, 25. Okt. Einer Washingtoner Erchangemeldung zufolge hofft man in amerikanischen Regierungskreisen, daß Dr. Wirth wieder die Führung der deutschen Regierung übernehme. Man bedauert seinen Rücktritt, da Wirth als aufrichtiger und fähiger Politiker angesehen wird, der bestrebt sei, den Argwohn und Mißtrauen der Welt gegen Deutschland ein Ende zu machen. — Der „Manchester Guardian" schreibt zum Rücktritt der deutschen Regierung, die britische Regierung habe die Forderung Deutschlands nach dem gesamten oberschlesischen Industriebezirk unterstützt. Dr. Wirth habe alles auf die endgültige Anerkennung der deutschen Forderung gesetzt. Seine Hoffnung habe sich nicht erfüllt. Er sei daher zurückgetreten. Die Regierung Wirth sei von den Alliierten aber nicht besser behandelt worden als eine deutsche Regierung behandelt worden wäre, die Ludendorff an der Spitze gehabt und versucht haben würde, Kaiser Wilhelm wieder nach Deutschland zu schmuggeln und sich den Reparationszahlungen zu entziehen. Die Besetzung Düsseldorfs und anderer deutscher Städte wurde aufrechterhalten.

Die Deutsche Volkspartei scheidet aus der Koalition.

Berlin, 25. Okt. (WTB.) Der „Deutschen Allgemeinen Ztg." zufolge hat die Deutsche Volkspartei die Zustimmung zu der Erklärung der interfraktionellen Besprechung einstimmig abgelehnt. Da hiermit die Partei aus der Koalition ausscheidet, hält das Blatt ein neues Kabinett Wirth für sehr wahrscheinlich.

Die künftigen Reichswehrgarnisonen in Oberschlesien.

Berlin, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Im Gegensatz zu früheren Nachrichten über die künftigen Garnisonen in Oberschlesien ist nach kein Entscheid gefallen. Gegenwärtig sind in dieser Angelegenheit nach Beratungen im Reichswehrministerium.

Polen nimmt den Geyser Raub an.

Warschau, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Aus Beschluß der polnischen Regierung wird der polnische Gesandte in Paris den Botschaftern eine Note überreichen, worin zum Ausdruck kommen soll, daß Polen die Genfer Entscheidung annimmt.

Paris, 25. Okt. Nach einer Blättermeldung aus Warschau ist der jetzige polnische Oberkommissar in Danzig Wlaciński, der ehemalige Staatssekretär im Minister des Innern, zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bestimmt worden.

Exkaiser Karl in der Gefangenschaft.

Wien, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Verluste in den letzten Kämpfen zwischen den Anführern und den Regierungstruppen bei Kouvom werden auf 400 Tote und 1000 Verwundete geschätzt. Man kann aber wohl annehmen, daß diese Zahlen stark übertrieben sind, zumal sich herausgestellt hat, daß die karlistische Armee nur 4000 Mann zählte. Ihr Plan ging dahin, die Korthptruppen zu überrumpeln und zu entwaffnen. Als dieser Plan mißlang, sank ihnen der Mut und sie leisteten nur geringen Widerstand. Die beiden Regimenter in Oskeburg, die die Flucht des Königs decken sollten, haben sich ohne Gegenwehr ergeben. Bei seiner Gefangennahme brach der König in einen Weinkrampf aus und ist jetzt vollständig niedergeschlagen. Er weint, daß er jetzt mit dem Leben abgeschlossen habe. Die Königin Zita erscheint mehr gefaßt. Man glaubt, daß der König interniert oder nach Außerseeropa abgeschoben wird.

Tschechoslowakei und Südslawien mobilisieren.

Prag, 25. Okt. (WTB.) Der Präsident der Republik hat auf Vorschlag des Ministers für nationale Verteidigung und nach Anhörung der Regierung die teilweise Mobilisierung angeordnet. Es wird angeordnet, daß die teilweise Mobilisierung sofort verkündet und durchgeführt wird. Der Minister für nationale Verteidigung hat infolgedessen die sofortige Vornahme der mit der Verkündigung dieses Erlasses verbundenen Arbeiten angeordnet und den 27. Oktober als ersten Mobilisierungstag angeordnet.

Belgrad, 25. Okt. (WTB.) In der Nacht wurden die vom Ministerrat im Verlaufe der Ereignisse in Ungarn beschlossenen Maßnahmen durchgeführt, indem eine Reihe von Divisionen Marschbefehl gegen die ungarische Grenze erhielt. Der Eisenbahnverkehr mit Ungarn ist unterbrochen.

Ludendorff des Versuchs der Goldschiebung verdächtig.

Berlin, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Gegenwärtig findet eine Untersuchung gegen den General Ludendorff statt, der im Verdacht steht, seinerzeit versucht zu haben, Gold ins Ausland zu verschieben. Ludendorff ist Teilhaber des Bankhauses, bei dem Prinz Eitel Friedrich sein Vermögen disponiert hatte.

Bayern prägt Metallgeld.

München, 25. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) In München sind in Hauptmünzamt Vorbereitungen zur Prägung von Markstücken getroffen. Es sollen nach den „Münchener Neuesten Nachrichten" auch Zwei- und Dreimarkstücke geprägt werden. Welches Metall verwendet wird und wie die Stücke gestaltet sein werden, ist noch nicht bekannt.

Die sozialdemokratische Fraktion

ist laut „Vorwärts" der Ansicht, daß die Entsendung eines Kommissars zugleich auch die Anerkennung der Entscheidung über Oberschlesien bedeute.

Über die Haltung des Zentrums weiß die „Vossische Zeitung" mitzuteilen, daß es stärker der Auffassung der Deutschen Volkspartei und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211025-13/fragment/page=0007